

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- S.3** Der „Neue Markt“ im Fall: Fehlgelenkte Finanzanlagen werden umgelenkt – wohin jetzt? **S.6** Kosovo / Mazedonien – Die Krise schliesst die Balkanstaaten enger zusammen **S.12** Friedenskonvent in Berlin **S.14** Tarifbewegung 2001 der IG Metall mit „Qualitative Forderungen“ **S.18** Was wird mit den Reps – Was wollen die Reps



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Sascha.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer: GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

NEUER ANLAUF. Der Bundesrat hat am 9. März auf Antrag Bayerns einen Gesetzentwurf zur „Ergänzung der Kronzeugenregelung im Strafrecht“ beim Deutschen Bundestag eingebracht. Die frühere Kronzeugenregelung ist 1999 ausgelaufen. Ihren „Erfolg“ bezifferte die Bundesanwaltschaft wie folgt: Von 24 Anklageerhebungen gegen 39 „Personen aus dem Terroristenbereich“ wäre nur eine auch ohne Kronzeugen möglich gewesen. Mit anderen Worten: 38 Menschen wurden auf letztlich keiner anderen Grundlage als den fragwürdigen Aussagen von erpressbaren Denunzianten vor Gericht gezerrt und zu teils hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Gesetzentwurf des Bundesrates will die Kronzeugenregelung nun u.a. bei Delikten der Bandenkriminalität wie Geldfälschung, schwerer Diebstahl, schwere Korruption, professionelle Schleusung und bei der Bildung terroristischer Vereinigungen angewendet wissen. Außerdem enthält er einen besonderen Dreh, der weitreichende Konsequenzen haben dürfte und auf jeden Fall Kronzeugen noch mehr unter Erpressungsdruck setzt: Kronzeugenurteile sollen aufgehoben werden können, auch wenn sie bereits rechtskräftig sind, wenn sich der Betreffende „missbräuchlich in den Genuss von Vorteilen bei der Strafzumessung“ gebracht habe, so die Pressemitteilung des Bundesrates. Der diesjährige Strafverteidigertag, der Mitte März unter dem Generalthema „Erosion der Rechtsstaatlichkeit“ stattfand, hat den Gesetzentwurf des Bundesrates als Verstoß gegen den Anspruch auf faire Verfahren zurückgewiesen. Nach Auffassung der Vereinigung müssen auch bestehende Kronzeugenregelungen, etwa beim Betäubungsmittelgesetz, abgeschafft werden.

GENTEST. Der rechtspolitische Sprecher der Union Geis fordert nach dem Verbrechen an einer 12-jährigen Schülerin aus Eberswalde den obligatorischen Gentest für Männer, andere Unionspolitiker sprechen sich ebenfalls für „flächendeckende“ Ausweitung der zentralen Gendatei aus, und zwar aus Gründen der „Abschreckung“. Gemeinhin fordern die Verfechter der Generalprävention, ein Exempel zu statuieren, d.h. die Abschreckung durch das Beispiel. Der jüngste Vorschlag läuft jedoch darauf hinaus, 40 Millionen Männer zu erfassen, um einzelne abzuschrecken. 40 Millionen also sollen als potenzielle Sexualstraftäter behandelt werden, die dann im konkreten Fall „dank“ der zentralen Gendatei ihre Unschuld nachweisen können. Die Forderung, so hört man, stößt auch in der Union selbst auf Kritik. Ganz so schlimm wird's dann nicht kommen? Die Forderung, die Liste der Straftaten, bei denen nach heutigem Recht eine DNA-Analyse möglich ist, erheblich zu erweitern und künftig nicht nur Straftaten von erheblichem Gewicht zu erfassen, sondern

auch so genannte „Spanner, Voyeure und Exhibitionisten“ in die Gendatei des BKA aufzunehmen, kommt inzwischen von mehreren Länder-Justizministern aus CDU/CSU und FDP. In der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* meldeten wir, dass diese Gendatei Mitte letzten Jahres 55 000 Daten aufweise. Inzwischen sind es 90 000.

STRUKTURELLE BAFÖG-REFORM!

Die wissenschafts- und hochschulpolitischen Sprecher der PDS in den Länderparlamenten und dem Bundestag gaben folgende Erklärung zur jetzt verabschiedeten BAFÖG-Novelle ab: „Wir begrüßen die Verbesserungen ... Zugleich stellen wir fest, dass die dringende Notwendigkeit zu einer strukturellen Reform der Ausbildungsförderung ... bestehen bleibt. (...) Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und an Berufsfachschulen im Regen stehen lässt. Diese Schülerinnen und Schüler bekommen weiterhin nur BAFÖG, wenn sie nicht bei ihren Eltern wohnen und, weil keine Schule in der Nähe liegt, ‚notwendig auswärtig untergebracht‘ sind. Nur eine kleine Minderheit der Schülerinnen und Schüler wird gefördert ... Das Recht auf Bildung wird für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien weiterhin massiv eingeschränkt. Hiervon sind insbesondere junge Menschen betroffen, die darauf angewiesen sind, berufliche Ausbildungsgänge außerhalb des dualen Systems wahrzunehmen. Dies ist aufgrund des strukturellen Lehrstellenmangels vor allem in Ostdeutschland der Fall. Die PDS fordert daher die uneingeschränkte Wiedereinführung des SchülerInnen-BAFÖG. Wir halten es für einen kapitalen Fehler der Bundesregierung, die BAFÖG-Novelle zu verabschieden, ohne gleichzeitig die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums bundesweit sicherzustellen. (...) Die PDS im Bundestag und in den Länderparlamenten unterstützt die Initiative der Ministerpräsidenten Gabriel und Höppner, die BAFÖG-Reform durch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes abzusichern. (...)“

HERMES-REFORM? Der Bundesverband der Deutschen Industrie läuft gegen Pläne Sturm, die Vergabe von Ausfallbürgschaften für Exporte (Hermes-Kredite) an die Einhaltung von Umweltstandards zu binden. V.a. die Grünen fordern einen strengeren Prüfkatalog und die Einhaltung zumindest der Umweltstandards der Weltbank. „Warum sollte die Bundesrepublik die Standards der Weltbank vorschreiben, wenn andere Staaten dies nicht tun?“, weist der BDI das Anseinen zurück. Und überhaupt, was könnten deutsche Unternehmen dafür, wenn es durch falsche Handhabung ihrer Produkte zu Umweltschäden käme?

Fehlgelenkte Finanzanlagen werden umgelenkt – wohin jetzt?

Am 10. März 2001, dem vierten Jahrestag der Einführung des sog. „Neuen Marktes“, waren die Anleger in neuen Technologiewerten nicht gerade zum Feiern aufgelegt.

Nemax-Index

Seit seinem Höchststand vor einem Jahr hat der Neue-Markt-Index fast 80 Prozent verloren, von rd. 8500 Indexpunkten auf knapp 2000 Indexpunkte. Wer seine Papierchen rechtzeitig verkauft, machte Kasse. Wer erstens „zu spät“ eingestiegen war und zweitens dann auf seinen Papieren sitzen blieb, musste mit ansehen, wie die Werte seines Aktiendepots Zug um Zug schrumpften. Kurse von ehemaligen Börsenrennern wie z.B. EM.TV – der eine oder die andere erinnern sich: die beiden Brüder im Filmgeschäft, bekannt durch verschiedene Fernsehsendungen – oder von Firmen wie Intershop, Plasmaselect und anderen fielen in den Keller. Seit dem Stand vor einem Jahr ist der Börsenwert der Neue-Markt-Aktien um 140 Milliarden Euro, also um etwa das Doppelte an D-Mark, geschrumpft. Der Kurssturz vollzog sich nicht auf einen Schlag, sondern schrittweise.

Die aktuellen Firmenmeldungen wer-

den diesen Trend noch verstärken. Stellvertretend dazu die Finanzpresse der letzten Tage: „T-Online plant angeblich Stellenabbau: Der Internet-Anbieter T-Online plant einem Zeitungsbericht zufolge einen Abbau von jedem zehnten Arbeitsplatz. Die Zahl der Mitarbeiter von rund 1950 soll bis Ende 2001 auf 1750 reduziert werden“, berichtet die „Financial Times Deutschland“.

Gegen den Chef der Telekom, Ron Sommer, ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft gerade wegen des Verdachts auf „Aktionärsbetrug“.

„Im Zusammenhang mit dem Börsengang der Telekom werde geprüft, ob Sommer über Jahre hinweg von der Falschbewertung von Immobilien gewusst habe, ohne die Bilanzen zu korrigieren. (...) Demnach soll das Unternehmen ein Jahr von dem Börsengang 1996 rund 35000 Immobilien zu hoch bewertet haben, um eine günstige Eröffnungsbilanz erstellen zu können.“ (Handelsblatt vom 12.3. 2001) Wie immer sind solche Ermittlungen eher die Folge sich verschlechternder wirtschaftlicher Aussichten eines Unternehmens als die völlig neuer Erkenntnisse über historische Bilanzen.

Fehlkalkulationen

Wie im gesamten Markt der neuen Computer- und Kommunikationstechnologien erweisen sich auch bei der Telekom verschiedenste Investitions- und Entwicklungsprojekte als Fehlkalkulation. Ein teurer Flop der Telekom, der kleinere Unternehmen gleich in den Konkurs getrieben hat, war z.B. die Hoffnung auf sog. „Flat-Rates“, also auf preiswerte Pauschaltarife, für ISDN-Anschlüsse.

Für 79 DM im Monat sollte man unbegrenzt im Internet surfen können. Natürlich sollte mit diesem Angebot eine breitflächige Nutzung der Telekomanschlüsse – der Leitungsverbindung und der Internetverbindung – forciert werden. Was aber eintrat, war nicht die wachsende Nachfrage von vielen Endkunden, die, so durfte man ja erwarten, außer Surfen auch noch andere Dinge zu tun haben, sondern die wachsende Dauernutzung der Leitungen von – im gesellschaftlichen Durchschnitt – eher weniger Onlinefreaks. Außerdem ist anzunehmen, dass kleinere Firmen diesen für Einzelnutzer bestimmten Tarif mit relativ einfachen technischen Tricks für Firmennutzung an mehreren Arbeits-

NEMAX-50 Die Talfahrt geht weiter

Der Gipfelsturm war kurz und heftig: Wer nicht rechtzeitig verkauft, sieht nun sein Geld im Tal des Neuen Marktes verschwinden. Den Wert vom Juli 1999, als der Nemax-50 aufgelegt wurde, hat der Index längst unterschritten. Ob es je so schlimm kommt wie beim Schwarzen Freitag 1929, ist aber ungewiss.



plätzen nutzten. Wie auch immer, die Analysten rechneten der Telekom vor, dass die Leistungen im Schnitt pro Nutzungsvertrag 130 Stunden im Monat belegt waren. Man rechnet der Telekom vor, dass jede Minute sie 2,3 Pfennig koste, jedenfalls explodierten die Verluste der Telekom im vierten Quartal 2000 auf 255 Millionen Euro, also mehr als eine halbe Milliarde DM.

Eine andere Meldung eines Börsendienstes vom 13.3.2001: „Der Neue Markt zeigt sich zum Wochenbeginn wieder schwächer. Nachdem am letzten Freitag die US-Computerbörse Nasdaq ebenfalls mit einem dicken Minus aus dem Handel ging, folgt der Nemax (Neuer Markt-Index) auf dem Fuß und baut seine Verluste sogar weiter aus. (...) Die US-Technologiewerte hatten unter der Umsatzwarnung von Intel gelitten, die der Chipstersteller am Donnerstag nach Börsenschluss veröffentlicht hatte. Auch die Ankündigung von Cisco Systems am Freitag, rund 8 000 Arbeitnehmer entlassen zu wollen, hatte die Stimmung gründlich verhagelt.“

Die derzeit durch die Presse laufenden sogenannten „Gewinn-“ oder „Umsatzwarnungen“ bedeuten, dass das jeweilige Unternehmen nicht davon ausgeht, den den Anlegern versprochenen geplanten Umsatz oder gar Gewinn zu erreichen.

Im Falle von Intel – der Konzern will 5 000 von 87 000 Arbeitsplätzen streichen –, dem größten Chipstersteller, bedeutet das, dass nicht mit einer Ausweitung der Endnachfrage nach Computern zu rechnen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Firmen mit den Investitionen zur Jahr-2000-Umstellung um die Jahreswende 99/2000 Ihren Computerpark kräftig auf- und umgerüstet hatten und jetzt erst mal Zurückhaltung in Hardwareinvestitionen üben.

Über die Firma Cisco berichtet das Handelsblatt: „Bis Ende des laufenden Geschäftsjahres (Ende Juli) soll die Zahl der fest angestellten Beschäftigten von 44 000 um 3 000 bis 5 000 reduziert werden. Das Unternehmen werde auch die meisten der etwa 4 000 Zeitarbeiter-Verträge nicht verlängern, teilte Cisco weiter mit.“ Cisco ist der größte Hersteller von Netzwerkkomponenten, u.a. von sog. „Routern“. Router sind vergleichbar kleine Computern, die in Netzwerken und wiederum in der Vernetzung der Netzwerke über Telefon-, Stand- oder sonstige Leitungen das „Routing“, also die Versendung der Datenpakete an den richtigen Adressaten, übernehmen. Den Zusammenhang zur Entwicklung der Telekommunikationskonzerns sieht das Handelsblatt wie folgt: „Der Netzwerkausrüster (Cisco) hat in den vergangenen Jahren vom Aufschwung der Telekommunikation stark profitiert und die Zahl seiner Mitarbeiter fast verdoppelt. Doch nun leidet Cisco wie andere Technologiekonzerne darunter, dass die Telekomfirmen ihre Investitionen massiv zurückgenommen haben. In den zurückliegenden Wo-

chen haben führende Netzwerkhersteller wie Nortel Networks und Lucent Technologies jeweils den Abbau von etwa 10 000 Stellen angekündigt. Glasfaser spezialist JDS Uniphase plant den Abbau von 3 000 Stellen, 3com will 1.200 Stellen streichen.“ (Handelsblatt, 12.3.2001)

Der Ausblick des Handelsblattes ist eher bewölkt: „Analysten zeichneten nach der Intel-Ankündigung ein düsteres Bild auch für andere Firmen. „Der Abschwung ist nicht auf nur einen Bereich beschränkt“, sagte Daniel Niles von Lehman Brothers in San Francisco. Es sei ein weltweites Problem und betreffe nicht nur die Lagerbestände oder nur die Computerbranche. Die Nachfrageschwäche werde auch Auswirkungen auf andere Unternehmen haben.“

Die Börsenemissionen am Neuen Markt: Wer bekam das Geld wofür?

Bei Neuemissionen, also bei der Ausgabe und dem Verkauf von Aktien für ein bisher nicht im Aktienhandel vertretenes Unternehmen, auf deren Detailbeschreibung an dieser Stelle verzichtet werden soll, findet der Regel nach eine Kapitalerhöhung des Unternehmens statt. Die Banken, die den Börsengang für das jeweilige Unternehmen durchführen, woran sie selbstverständlich auch selbst kräftig verdienen, platzieren die Aktien zu einem definierten Anfangskurs, einem Einstiegspreis, zu dem die Firmenanteile ausgetragen werden. Ab dann wird der Kurs an der Börse bestimmt.

Wie im Lehrbuch des Ökonomen Schumpeter (Joseph Alois Schumpeter, 1883–1950) reißt hier also der vorgeblich, vermeintlich oder vielleicht auch tatsächlich „innovative Unternehmer“ unter der Form der Kapitalanlage gesellschaftliche Ressourcen an sich. Diese werden anderen möglichen Investitions- und Anlagevorhaben entzogen. Diese Kapitalanlagen sind aber nicht einfach Geldverschiebungen, sondern sie vermitteln reale Wirtschaftsvorgänge: Mittelabzug in anderen Wirtschaftsbereichen, steigende Nachfrage nach, also Zugang an Arbeitskraft, Investitionsvorgänge, also Kauf und Verkauf von Maschinen und Anlagen usw.

Wofür oder worauf investiert der Anleger? Auf die Erwartung zukünftigen Geschäfts „seines Unternehmers“, auf dessen Umsatz, Gewinne und seine eigenen Dividenden sowie auch auf damit erwartete steigende Aktienkurse. Da die erhoffte Geschäftsausweitung und erzielbare Produktion erst noch erfolgen muss – erst das Anlagekapital, dann das neue Geschäft –, muss unser Lehrbuchunternehmer die in ihn zu setzenden Hoffnung natürlich auch schön begründen. Das passiert durch eine erst mal ordentlich teure Präsentation der „Geschäfts-idee“, die Ausmalung einer „Story“, durch werbewirksame Auftritte (man denke z.B. an das weltweite Spektakel bei Börsengang der Telekom). Nicht selten sind bereits erhebliche Mittel des neu eingenommenen Kapitals wieder weg, wenn erst

mal die Rechnungen der Werbeagenturen, der Banken und des eigenen Zusatzpersonals zu diesem Anlass bezahlt sind. Spätestens jetzt aber erwartet der Anleger, dass mit seinem Kapital auch was „Vernünftiges“ passiert, d.h. dass produziert, neue Dienstleistungsumsätze realisiert und das Geschäft ausgeweitet wird.

Viele Firmen am sogenannten „Neuen Markt“ machten aber erst mal was ganz anderes. Sie dehnten nicht die produktive Geschäftstätigkeit aus, sondern kauften andere Firmen auf, d.h. sie kauften Marktanteile und bereinigten den Markt. Bei Weltkonzernen wie der Telekom kann dann jeder in den Fernsehmeldungen diese Übernahmeversuche – im Fall der Telekom nicht so recht erfolgreich – verfolgen. In vielen Fällen wurde dann aber immer noch nicht produktiv investiert, sondern erhebliche Teile der eingenommenen Anlagekapitale wurden in Vertrieb und Repräsentation gesteckt. Firmen mit 10–20 Mio. Umsatz und möglicherweise 4–6 Mio. DM Verlust leisteten sich Niederlassungen in London oder New York, der Anteil der produktiv Beschäftigten im Unternehmen sank.

Vor allem aber stellte sich zunehmend heraus, dass die von den Konzernen und Firmen des „Neuen Marktes“ betriebene Verbindung von Computer-, Netzwerk- und Kommunikationstechnologie die technischen und umsatzmäßigen Erwartungen nicht rechtfertigt, mit denen die Neuen-Markt-Unternehmer gelockt hatten. Insofern liegt also kein „Marktversagen“ vor, sondern echtes, lehrbuchmäßiges

„Unternehmerversagen“.

Geschäftsabläufe über das Internet zu organisieren, findet, wenn überhaupt, im sogenannten „Firmen-zu-Firmen-Geschäft“ statt. Der Einkäufer der Firma B arbeitet z.B. direkt online an der Artikeldatenbank der Firma A: eine Rationalisierung bereits vorhandener Verwaltungs- und Kommunikationsprozesse. Was aber nicht stattfindet, ist eine Umwälzung der Produktions- oder Kommunikationstechnik.

Auch das Endkundengeschäft stagniert, nachdem der Teil des privaten und betrieblichen Publikums abgegrast wurde, der, aus welchen Gründen auch immer, Internettechniken einsetzen will. Waren können über Kommunikationsnetze zwar bestellt, aber in ihrer Masse bekanntlich nicht transportiert werden. Daher findet per Internet Geschäft – wenn überhaupt – nur mit Artikeln statt, die in digitaler Form vorliegen (z.B. Software, Musik, etc.) oder bei denen Versandhandel schon immer üblich war (z.B. Bücher). Eine geringfügige Vereinfachung des Bestellwesens. Der Engpass aber entsteht dann beim physikalischen Transport der Güter.

Deswegen keimt hier ja auch bereits die nächste technische und finanzielle Spekulation: das Schlagwort heißt „Logistik-Aktien“

chc

Weichenstellung für die zukünftige Migrationspolitik

Wahrscheinlich im Juni wird die sog. Süßmuth-Kommission Ergebnisse vorlegen, die dann, vermutlich bis Herbst, in einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz münden sollen. So verlautet aus Kreisen der Grünen und der SPD.

Die Debatte um die Einwanderung ist in vollem Gange, und in der Tonart ist, jedenfalls beim ersten Hören, eine Änderung zu verzeichnen. Die dumpf-rassistischen Töne treten in den Hintergrund, selbst bei CDU und CSU bemüht man sich um eine Öffnung und eine gewisse Versachlichung der Diskussion. So betonen etwa die im Dezember von der CSU-Landesregierung verabschiedeten „*Bayerischen Leitlinien zur Zuwanderungspolitik*“ die „Weltoffenheit“ und die Notwendigkeit einer „maßvollen Zuwanderung“.

Hintergrund dieses Verlaufs sind die Anforderungen der deutschen Wirtschaft. Seit Jahr und Tag werden die Kapitalistenverbände BDA und BDI nicht müde, die „demographisch bedingten Schwierigkeiten am deutschen Arbeitsmarkt“ zu beschwören. Die Erwerbsbevölkerung schrumpfe, das „Arbeitskräftepotenzial“ werde bis 2020 um 16% gegenüber 1996 abnehmen, und außerdem würden die Erwerbstätigen im Durchschnitt immer älter, begründete die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vor Jahresfrist ihre „Gesamtkonzeption für eine gesteuerte Zuwanderung“¹. Der Bundesverband der Deutschen Industrie sieht durch die „gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung“ gar „die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ in Frage gestellt.² In vielen Wirtschaftsbereichen übersteigt die Nachfrage an hochqualifizierter Arbeitskraft das Angebot, aber auch im Niedriglohnbereich (Reinigungsdienste, Gaststättengewerbe) verlangen die Kapitalistenverbände die Öffnung des Arbeitsmarktes. Doch gerade bei der Anwerbung von hochqualifizierten Fachkräften stößt die deutsche Industrie auf Konkurrenz: „Deutschland ist allerdings nicht der einzige Bewerber um Fachkräfte, sondern nach letzter Erhebung suchen die USA rund 327 000, Japan 609 000, Großbritannien 114 000 und Frankreich 99 000 Fachkräfte“, heißt es in den BDI-Thesen, und: „Im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe hat Deutschland nur eine Chance, wenn es für Zuwanderer attraktiv ist und sich ausländerfreudlich und integrationsbereit zeigt.“ Deshalb fordert der BDI, die bei der Green-Card-Regelung noch bestehenden Beschränkungen – u.a. 5 Jahre Aufenthaltsdauer, Mindestverdienst von 100 000 DM/Jahr, Arbeitsverbot für Ehepartner – abzuschaffen. Dem Verlangen nach „systematischer Zuwanderungspolitik“ und

„entsprechender Integrationspolitik“ kann sich die Union kaum entziehen.

Die geforderte Liberalisierung der Einwanderungspolitik hat jedoch mehr als einen Haken. Die Herausbildung von Weltarbeitsmärkten stellt eine neue Form des Kolonialismus dar. Die bevölkerungsreichen, armen Länder des Südens tragen die hohen Kosten der Ausbildung, die Wirtschaft der reichen Länder des Nordens zieht den Profit aus der Anwendung der qualifizierten Arbeitskraft. Zum anderen verlangen die Kapitalistenverbände, die „derzeit dominierende ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland (einzuändern)“³. Die BDI-Thesen schlagen zur „Neuausrichtung unserer Asylpolitik“ den Weg der „Optimierung und Beschleunigung der Verfahren“ vor, der das Asylrecht auf dem Papier noch erhält, in der Realität aber weitestgehend beseitigt. Die Regulierung der Einwanderung unter Maßgabe des „Bedarfs“ stärkt die Dominanz des Kapitals auf den Weltarbeitsmärkten extrem. Sie verschafft ihm freie Bahn, Arbeitskraft weltweit nach Bedarf zu kaufen, ohne das Recht der Lohnarbeit herzustellen, sich frei zu bewegen.

Auf die Frage der Steuerung der Zuwanderung durch Aufhebung des Asylrechts scheinen auch die Unionsparteien die Auseinandersetzung um die Einwanderungspolitik zuzuspitzen. In den „*Bayerischen Leitlinien*“ wird der „Beschleunigung der Verfahren“ entscheidende Bedeutung nicht nur für die schnelle Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zugemessen: „wichtige Anreize ... nach Deutschland zu kommen, entfallen“. Auch die zynische Forderung, die in der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgebrütet und vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Merz in die Öffentlichkeit getragen wurde, Asylbewerbern grundsätzlich jede politische Beteiligung zu untersagen, zielt auf die „Beschleunigung“. Sog. Nachfluchtgründe werden ausgeschaltet.

Widerstände gegen die neuen Angriffe auf das Asylrecht sind in der SPD kaum auszumachen, höchstens an den Rändern, so bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, die sich gegen die Verknüpfung von Zuwanderung und Einschränkung des Asylrechts, gegen die Abschottung gegen „Not- und Elendsflüchtlinge“ und die Sortierung in nützliche und nicht nützliche Migranten ausspricht.⁴

Und die Grünen? Der Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz „Grüne Einwanderungspolitik: Kultureller Pluralismus und Integration“⁴ enthält wohl eine Reihe unterstützender Grundsätze und Forderungen. Aber er hat zwei entscheidende Probleme: Unter „Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen, insbesondere zur Deckung von Bedarf an Arbeitskräften“ machen sich die Grünen die Interessen der Nachfrage auf den Weltarbeitsmärkten zu eigen, von der von der PDS unterstützten solidarischen Forderung nach offenen Grenzen für Menschen in Not sind sie deshalb weit entfernt. In an-



Afrikanische Flüchtlinge fordern Aufenthaltsrecht

deren Fragen ist der Beschluss der Grünen einfach billig: Von der 2/3-Mehrheit des Bundestages, die für die Durchsetzung der Forderung nach voller Wiederherstellung des Asylrechts notwendig ist, ist man so weit entfernt, dass die Grünen selbst nicht daran denken, hier eine Front aufzubauen. Wichtige Forderungen indes, die der gesamten Einwanderungsdebatte eine andere Richtung geben könnten, Forderungen, die in Reichweite liegen, weil sie durch eine einfache Bundestagsmehrheit umgesetzt werden können, für die also der Kampf um die öffentliche Meinung mit allem Ernst zu führen wäre, werden fast schon sorgfältig umgangen. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird nicht thematisiert. Und das erklärte Ziel „gleiche Rechte für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben“, ist dann in eine schöne Zukunft verlegt, wenn ein ganz naheliegender und dringender Schritt nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird: Seit 1990 gibt es eine UN-Konvention „für den Schutz der Wanderarbeiter und ihrer Familien“, die für alle Wanderarbeitnehmer⁵ Schutz vor Diskriminierung, Freizügigkeit, Recht auf Familiennachzug, freie Ausübung der Religion, freie kulturelle Betätigung, Kündigungsschutz, Schutz vor Ausweisung, gleiche soziale Sicherheit wie die Staatsangehörigen des Anwerbestaates, gleicher Zugang zu Berufsberatung, Arbeitslosengeld, Umschulung, Schutz vor Mietwucher, gleiche Bildung und Ausbildung für ihre Kinder, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, Streikrecht fordert. Keine Bundesregierung hat die Konvention bisher unterzeichnet, auch die rot-grüne nicht. Die Ratifizierung oder Nicht-Ratifizierung dieser Konvention ist aber eine wichtige Frage für den Charakter zukünftiger Migrationspolitik.

scc

1 BDA, ohne Datum, www.bda-online.de

2 BDI, „Die 8 BDI-Thesen zur Zuwanderungspolitik“, 1.3.01, www.bdi-online.de

3 9 Thesen für ein modernes und humanes Zuwanderungsgesetz, 11.2.01, www.spd.de/asj/aktuell/20010302thesen zur zuwanderung.html

4 <http://www.gruene.de/index2.htm>

5 Intern. Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (45/158). Im Sinne dieser Konvention bezeichnet der Ausdruck „Wanderarbeitnehmer“ jede Person, die in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht hat, eine Tätigkeit gegen Entgelt ausübt oder ausgeübt hat.

Tarnung aufgeflogen

Am 7. März 2001 hatte die PDS-Bundestagsfraktion vor dem Landgericht Lüneburg Erfolg. Das Gericht wies eine Klage der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ab, durch die dieser Verein der PDS untersagen lassen wollte, ihr die Absicht der Annexion Ostpreußens durch die BRD vorzuhalten.

Das Urteil hat eine große Bedeutung. Die Vertriebenenverbände der BRD segeln nämlich im Aufwind, seit sich die EU-Osterweiterung abzeichnet. In diesem Kontext gelingt es ihnen immer wieder, gegen die Souveränität der Nachbarländer im Osten gerichtete Forderungen menschenrechtlich zu bemänteln (siehe unten). Die Folge ist: Die Landsmannschaften werden reputierlich und kritische Vorbehalte fallen, Repräsentanten nicht nur der Rechten, sondern auch der SPD und der Grünen äußern bei Auftritten vor Landsmannschaften und Verbänden Verständnis. Das ist gefährlich. Sachlich, weil unter dem Mantel der Europa-vereinigung harte Ansprüche bis hin zu Gebietsansprüchen verborgen werden, personell, weil die Landsmannschaften aus diesem Grund ein stets offenes Wirkungs- und Rekrutierungsfeld für rechts-extreme Organisationen bilden, die dort für ihre großdeutschen außenpolitischen Vorstellungen Anknüpfungspunkte suchen und finden.

Das Ganze funktioniert nur verdeckt und äußerlich harmlos, und so hatte die Landsmannschaft Ostpreußen Handlungsbedarf, als die PDS-Fraktion, vertreten durch Gregor Gysi, Inhalte ihrer Satzung in einer Anfrage im Bundestag und in einer Presseerklärung der innenpolitischen Sprecherin Ulla Jelpke zur Sprache brachte und – hart, aber richtig – der Landsmannschaft vorwarf, nach „Annexion“ Ostpreußens zu streben bzw. diesen Landstrich „heim ins Reich holen“ zu wollen. Die Landsmannschaft schritt zur Klage. In dem Urteil des Landgerichtes Lüneburg* liest sich das so:

„Zum Vereinszweck heißt es gemäß Art. II der nunmehr maßgeblichen Satzung vom 7.11.1999: „Die Landsmannschaft tritt im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 für die Verwirklichung der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes auf die Heimat, für die Durchsetzung eines internationalen Vertreibungsverbotes sowie für die Entwicklung wirksamer Volksgruppenrechte, die nationale staatliche Einheit Deutschlands unter Einschluss Ostpreußens in Frieden und Freiheit in einem freien und geeinten Europa ein.“

(...)

Die Klägerin ist der Auffassung, (dabei) handele es sich um verleumderische Beleidigung. Sie verlangt mit ihrer Klage von beiden Beklagten die Unterlassung der Behauptung, sie sehe die Deutsche

Einheit erst dann als verwirklicht an, wenn die Gebiete des früheren Ostpreußens annektiert seien, sowie von der Beklagten zu 1. darüber hinaus die Unterlassung der Behauptung, ihre Satzung verlange, „Ostpreußen heim ins Reich zu holen“.

(...)

Annektieren bedeutet „sich aneignen“ (Der Große Duden, Etymologie, Band 7, 1963). „Annektieren“ wurde als politischer Terminus im 19. Jahrhundert aus dem französischen (Französisch: annexer: Verknüpftes. Dazugehöriges, Anhang) entlehnt und nach dem lateinischen annexere (annexus), „verknüpfen“, das dem französischen Wort zugrunde liegt, relativiert (Duden a.a.O.). Annexion wird ferner definiert als die Verbindung eines bisher fremden Gebietes mit einem Staatsganzen und rechtliche Einverleibung in das letztere. Der Ausdruck Annexion wurde besonders durch Napoleon III. gebräuchlich, der 1860 Savoyen annektierte, nachdem es von der Krone Sardinien für die französischen Dienste im italienisch-österreichischen Krieg abgetreten worden war (Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 1, 1905, S. 547, 548).

Auch die neue Satzung der Klägerin verlangt in Artikel II 1.1. die nationale und staatliche Einheit Deutschlands unter Einschluss Ostpreußens. Die (teilweise streitige) Interpretation der Beklagten, aus der Satzung der Klägerin seien Gebietsansprüche herleitbar, ist danach zumindest nicht offenkundig unrichtig. Die Bezeichnung territorialer Ansprüche mit dem Terminus „Annexion“ ist vor dem Hintergrund der historischen Auslegung dieses Begriffes gedeckt. Denn nicht jede Annexion muss gewaltsam geschehen. Deshalb ist in der Bezeichnung Annexion auch dann keine unrichtige Tatsachenbehauptung enthalten, wenn die Satzung wegen der Verwirklichung ihrer Ziele ausschließlich friedliche Mittel erwähnt. Ähnliches gilt für die Formulierung, die Landsmannschaft Ostpreußen verlange immer noch, „Ostpreußen heim ins Reich zu holen“. Vor dem Hintergrund der genannten Satzung der Klägerin, welche auch in ihrer neuen Fassung die nationale Einheit der Bundesrepublik Deutschland als nicht verwirklicht ansieht, solange die Gebiete des ehemaligen Ostpreußens nicht zu Deutschland gehören, handelt es sich um eine durch Art. 5 Abs. 1 GG gedeckte überspitzte Formulierung.“

Es bleibt zu hoffen, dass die manchmal echte, manchmal gekünstelte Naivität, mit der Politiker der SPD und der Grünen „auf Vertriebenenverbände zugehen“, dringend nötiger Vorsicht und Kritik Platz und sich und anderen klar macht, dass wie auch immer bemäntelte Forderungen nach Sonderrechten für Deutschland und die Deutschen in den Nachbarländern im Osten im Zusammenhang der großdeutschen und faschistischen Politik stehen. *maf*

* Urteil des Landgerichtes Lüneburg, Geschäftsnr.: 5 O 225/00, verkündet am 5.3.2001

Die Krise schließt die Balkanstaaten enger zusammen

Wie immer zum Beginn des Frühjahrs brennt auf dem südlichen Balkan die Lunte zu dem bekannten Pulverfass. Dass jetzt die Auseinandersetzungen mit den umherschweifenden Banden der Kosovo-Albaner wieder beginnen, sollte eigentlich niemanden überraschen. In aller Ruhe nutzen die kosovo-albanischen Militärgruppen das NATO-Protektorat aus, um ihre organisatorischen und militärischen Ressourcen zu mobilisieren. Das Ziel: Großalbanien. Dass nun Mazedonien, zu 25% mit Albaner besiedelt, dran kommt, liegt an der Logik des Kampfes um Großalbanien.

Was dieses Mal eher überrascht, sind die Reaktionen in der Region und auf dem internationalen politischen Parkett. Da ist zunächst die sehr naheliegende Frage, wieso, obwohl die internationalen Abkommen eine Entwaffnung der Kosovo-Albaner vorsah, diese mit immer größerer militärischer Schlagkraft die Region durcheinander wirbeln. Zwar noch ein wenig verschämt, aber doch mit der nötigen Offenheit beantwortete der ARD-Korrespondent Elias Bierdel diese Frage. „Warum man sie (die UCK / hav) nach allen Erfahrungen erneut gewähren ließ, warum es KFOR und UNO nach der Befreiung der Kosovaren vom serbischen Terror nicht gelungen ist, auch den albanischen Terror zu bekämpfen, das ist und bleibt eine interessante Frage. Sie richtet sich zuallererst an die Amerikaner, deren Truppen im Osten die Grenze zu Serbien kontrollieren – oder eben nicht kontrollieren. Sollte es denn der mächtigsten Armee der Welt nicht möglich sein, mit all ihrer modernen Aufklärungstechnik eine Handvoll Unruhestifter an ihrem Treiben zu hindern? Oder ließ man die albanischen Untergrundkämpfer ganz bewusst gewähren?“

Vielleicht muss man in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der steile Aufstieg des einstigen UCK-Chefs Hashim Thaci ein Werk der US-Diplomatie war. Und das Außenministerium in Washington war es auch, das die gründliche und schnelle Entwaffnung der albanischen Befreiungskrieger nach dem Ende des Kosovo-Krieges verhinderte. Jetzt will die neue Bush-Administration offenbar ihre Truppen aus der Schusslinie halten. „Balkanisierung des Balkan“ nennt man so eine Politik – und Europa schaut und staunt.“ (Kosovo Info Line, 10.3.01)

Wohl wahr. Obwohl man nicht darüber staunen muss. Gehört es doch seit Jahrzehnten zu den Grundpfeilern der US-Außenpolitik, sich auch auf Killerkommandos zu stützen, um ihre Interes-

sen weltweit durchzusetzen. Dass dies wohl auch die Regierungen auf dem Balkan so sehen, zeigt sich an der Reaktion des mazedonischen Premierminister Georgievski. Mazedonien fordert, um dem Treiben der UCK-Soldaten ihr Operationsfeld zu entziehen, die Einrichtung einer Sicherheits- oder auch Pufferzone an der Grenze zum Kosovo. Dazu fordert die Regierung den Einsatz einer internationalen Schutztruppe, aber, so der Premierminister, ohne Beteiligung amerikanischer Soldaten. Er wird wohl wissen warum.

Eine andere interessante Reaktion ist die Haltung der Nato zur Öffnung der Pufferzone für die jugoslawische Armee.

Laut dem Abkommen von Kumanovo, das im Mai 1999 die Luftangriffe der Nato auf Jugoslawien beendete, darf die jugoslawische Armee weder die Pufferzone noch das Kosovo betreten. In der Sicherheitszone dürfen sich lediglich serbische Polizisten mit „persönlicher Bewaffnung“ bewegen. Das unter den Druck der serbischen Öffentlichkeit geratene Belgrad fordert von der Nato und dem UN-Sicherheitsrat die dringende Abschaffung der Pufferzone, was den serbischen Sicherheitskräften ermöglichen sollte, das Terrain von der militärtanten albanischen „Befreiungssarmee des Presevo, Medvedja und Bujanovac“ UCPMB zu säubern, die für die Angleinerung Südserbiens an das Kosovo kämpft. Die rund 4 000 schwer bewaffneten Kämpfer der UCPMB würden die Pufferzone ausnutzen, um sich in aller Ruhe auf einen Krieg im Frühjahr vorzubereiten, sagte der jugoslawische Bundesinnenminister Zoran Zivkovic. Makedonien unterstützte die serbische Initiative. Nato-Generalsekretär George Robertson genehmigte immerhin vorsichtig die Abschaffung eines schmalen Streifens der Pufferzone im Dreieck zwischen Makedonien, Serbien und dem Ko-

sovo. Eine koordinierte Aktion der makedonischen und jugoslawischen Streitkräfte und der KFOR sollten schon bald die Sicherheit des Gebiets ermöglichen und die Manöverfreiheit der UCPMB einschränken.

Für die jugoslawische Regierung ist das natürlich eine zweischneidige Sache. Zum einen wird die Öffnung als erster Schritt für eine endgültige Übernahme der Rechtshoheit Jugoslawiens über das eigene Gebiet Kosovo angesehen. Andererseits droht aber hier neues Ungemach.

Serbiens Regierungschef Zoran Djindjic äußerte deshalb auch deutliche Vorbehalte gegenüber diesem Nato-Beschluss. In Gesprächen mit deutschen Politikern in Berlin signalisierte er, dass Belgrad nicht sonderlich daran interessiert sei, quasi aushilfsweise für die Nato deren Sicherheitsprobleme im Grenzgebiet zu lösen. Eine Stationierung serbischer Einheiten in der Region, die Jugoslawiens Präsident Vojislav Kostunica noch für März in Aussicht gestellt hatte, sei auch rein militärotechnisch nicht so schnell möglich, wie die Nato dies wünsche.

Djindjic präsentierte in Berlin einen eigenen Vorschlag, der darauf hinausläuft, einen 2 000 Mann starken „Grenzschutz“ aus unbelasteten Kräften aufzustellen, die selbst nicht an früheren serbischen Militäreinsätzen beteiligt waren. Solche neuen Polizeikräfte könnten dann auch an der Südgrenze eingesetzt werden. Das braucht aber Zeit. Der Regierungschef erbat sich neben stärkerer allgemeiner Wirtschaftshilfe auch für diese Grenzsicherung deutsche Finanzhilfe. Die von der Nato eingerichtete Pufferzone um Kosovo sei keine Sicherheitszone, sondern eine „Quelle der Unsicherheit in der Region“, sagte er.

Die sicherlich interessanteste Reaktion auf die Zusitzung der Lage in Mazedonien kommt von den Nachbarstaaten,

ten, insbesondere von Griechenland. Alle griechischen Regierungen hatte nach der Zerschlagung der sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien ein besonders schlechtes Verhältnis zu den Regierungen Mazedoniens. Jahrelang wurde die staatliche Anerkennung verweigert. Dies führte dazu, dass Mazedonien im internationalen Rechtssystem als die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ geführt wird. Hintergrund der griechischen Reaktionen war die Befürchtung, Mazedonien wolle sich die Teile von Griechenland aneignen, in denen es eine mazedonische Minderheit gibt.

Nun kommt die Kehrtwende. Der griechische Außenminister Papandreu hat in Athen die schriftliche Garantie der Regierung für die territoriale Integrität Mazedoniens erläutert, die er bei seinem Besuch in Skopje beim mazedonischen Ministerpräsidenten Georgievski hinterlegt hatte. Die Athener Unterstützungsdeklaration sei Ausdruck der Position, die Griechenland seit dem Beginn der Auflösung der von Tito geschaffenen jugoslawischen Föderation eingenommenen habe. In der Erklärung wird die Unveränderlichkeit der Grenzen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und auf dem Balkan allgemein bekräftigt. Nach den leidvollen Erfahrungen der jugoslawischen Kriege – besonders der Kriege in Bosnien-Herzegowina und Kosovo – müsse jetzt dem Übergreifen des albanischen Nationalismus auf den Staat von Skopje schon in den Anfängen Einhalt geboten werden. Papandreu unterstrich den Modellcharakter der Republik Mazedonien, denn es sei das einzige funktionierende südosteuropäische Staatswesen auf multinationaler und multireligiöser Grundlage. Weiter sagte Papandreu, der griechische Regierungschef Simitis habe seine schriftliche Garantie für die mazedonische Regierung im Einvernehmen mit den EU- und Nato-Partnern sowie mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei und nach Konsultation mit dem amerikanischen Außenminister Powell abgegeben. Mit Tirana und Belgrad will sich Griechenland noch ins Einvernehmen setzen. Die Einzelheiten der Unterstützung – auch jene militärischer Art – würden in Brüssel ausgearbeitet werden.

Inzwischen hat auch Bulgarien der mazedonischen Regierung militärische Hilfe angeboten. Und um den Kreis zu schließen, hat auch der albanische Ministerpräsident allen groß-albanischen Bestrebungen in den Nachbarländern eine Absage erteilt. In der Pariser Zeitung „Le Figaro“ sagte er, seine Regierung lehne jegliche Grenzänderungen in der Region ab. hav

Die UCPMB (kl. Bild) greift an, die Nato schaut zu



Nicht die Täter, die Opfer sind angeklagt

Jutta Hermanns ist Rechtsanwältin, sie hat vor 1995 als Anwältin für Asylverfahren in Berlin gearbeitet und hat von 1995 bis 1999 in der Türkei gearbeitet und gelebt. 1997 gründete sie mit der kurdischen Rechtsanwältin Eren Keskin und anderen Frauen das Projekt „Rechtliche Hilfe für Frauen, die von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell misshandelt wurden“ (in Istanbul). Zur Zeit baut sie zusammen mit anderen Frauen in Berlin eine Zweigstelle des Istanbuler Projekts auf. Dieses Berliner „FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter“ ist eine Anlaufstelle für Frauen, die vor sexueller Folter in die BRD geflohen sind und Unterstützung unterschiedlichster Art brauchen.

Was sind die Hintergründe des Prozesses am 21. März?

Bis heute haben sich 132 Frauen an unser Projekt gewandt, 25 der Verfahren sind vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anhängig, weil die Verfahren gegen die Folterer in der Türkei eingestellt worden sind. Auf Grund unserer Arbeit haben sich immer mehr Frauen dieses Themas angenommen, was dazu führte, dass wir im Juni 2000 einen großen Kongress in Istanbul veranstaltet haben. Dabei ging es um die Realität der sexuellen Folter, die auf Polizeipräsidien, Wachen der Gendarmerie und insbesondere bei Operationen und Hausdurchsuchungen in den kurdischen Gebieten praktiziert wird. Vergewaltigungen dienen hier als Repressionsmittel gegen Frauen. Auf dem Kongress sprachen Vertreterinnen des Projekts und Frauen, die sexuelle Folter erlebt haben. Gegen die Organisatorinnen und die konkret betroffenen Frauen läuft jetzt ein Verfahren wegen Verunglimpfung und Verleumdung des Staates und seiner Sicherheitsorgane. Die Strafandrohung liegt zwischen 1 und 6 Jahren.

Wir organisieren eine internationale Delegation zu diesem Prozess, die Frauen sollen merken, dass sich nicht alleine sind, dass sie Solidarität erfahren für ihren Mut, die Folterer zur Anzeige gebracht zu haben. Dies ist ja auch eine wichtige Forderung der Europäischen Gemeinschaft, wenn die Türkei Vollmitglied in der EU werden will, dass es Mechanismen gibt, dass Folterer strafverfolgt werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Frauen sprechen. Und wenn sie jetzt, nachdem sie sprechen, mit Gerichtsverfahren überzogen werden, dann zeigt das die Dimension der politischen Verweigerung der Türkei auf.

Wie ist die Resonanz auf diesen Prozess in der Türkei?

Die Resonanz ist in Frauengruppen sehr

groß, weil der Kongress damals von einer Plattform verschiedenster Frauen organisiert wurde und die Angeklagten aus verschiedenen Spektren kommen. Zwei der Angeklagten sind Anwältinnen, drei sind von sexueller Folter betroffene Frauen, die anderen sind aus verschiedenen Gruppen und Organisationen, deswegen erweckt der Prozess großes Aufsehen in der Türkei.

Wie ist die Resonanz in europäischen Ländern?

Sehr gut. Solidarität kommt aus Kreisen die Flüchtlinge unterstützen, amnesty international, Rehabilitationszentren für Folteropfer und andere, die speziell zu Flüchtlingsfrauen arbeiten. Wir werden regelmäßig auf Veranstaltungen eingeladen. Wir versuchen ein Netz aufzubauen, das sich dieser speziellen Problematik und Art von Repression an Frauen annimmt, weil die meisten Flüchtlingsfrauen nicht sprechen über das, was ihnen passiert ist. Wenn sexuelle Folter verübt wurde, können die Frauen aus Scham nicht sprechen oder auch weil sie befürchten, dass, wenn sie das aufdecken, evtl. Familienangehörige mit Repressionen überzogen werden. Oder auch die Angst, was passiert, wenn ich es erzähle und später abgeschoben werde. Der unsichere Aufenthaltsstatus erschwert das Sprechen darüber, obwohl die Frauen auch aus dem Exil heraus Anzeige gegen den Folterer erstatte können. Wir streben auch an, dass bestimmte Änderungen im Asylverfahren vorgenommen werden, dass diese spezifische Art von Repression gegen Frauen mehr berücksichtigt wird. Insbesondere die Situation, dass Frauen am Anfang nicht darüber reden können und somit bei der ersten Anhörung nichts über sexueller Folter sagen.

Frage: Welche Bedeutung hat der Ausgang des Prozesses?

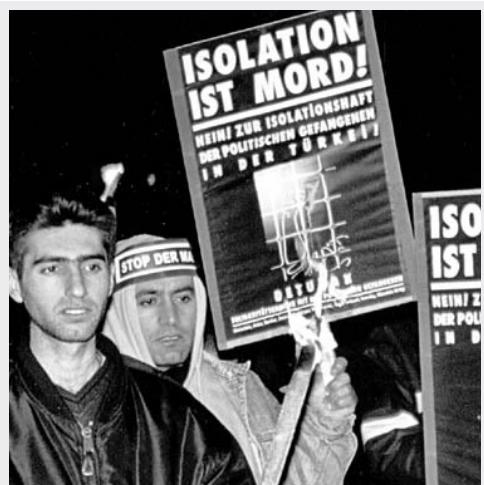
Natürlich werden Frauen, die den Mut gefunden haben gegen die Folterer auszusagen gestärkt, wenn sie sehen, dass die auf die Anklagebank kommen. Das macht anderen auch Mut, Zeugnis abzu-

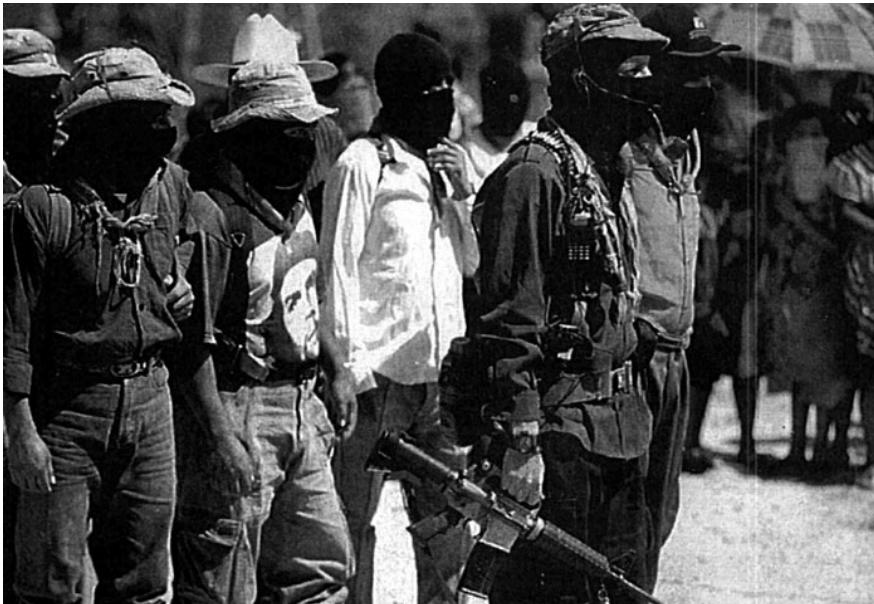
legen und die Bestrafung zu verlangen. Wenn sie aber dafür, dass sie auf dem Kongress ausgesagt haben, noch mit weiterer Repression rechnen müssen, wird das zu Folge haben, dass immer weniger Frauen darüber berichten. Darüber wird die Realität und Dimension dieser Realität im Dunkeln bleiben, und das befürchte ich. Andererseits denke ich, dass eine große Öffentlichkeit und Solidarisierung einen Freispruch für die angeklagten Frauen erbringen muss. Ich muss dazu sagen, der Staat greift nicht nur zu Mitteln wie Strafverfahren. Es ist leider auch schon des öfteren vorgekommen, dass Frauen, die gegen die Folterer Anzeige erstattet haben, dann erneut zu Hause aufgesucht, bedroht und erneut gefoltert wurden, damit sie die Anzeige zurückziehen. Das Schlimmste, was einer unserer Mandantinnen passiert ist, war, dass sie entführt und noch einmal vergewaltigt wurde als Strafe dafür, dass sie Anzeige erstattet hat.

Wir denken, dass der einzige Schutz sowieso in Öffentlichkeit besteht. Frauen, die Anzeige erstatten, brauchen einen ungeheuren Mut, ich habe großen Respekt vor ihnen. Und wir denken, der einzige Schutz besteht tatsächlich darin, Öffentlichkeit herzustellen und nach wie vor die Bestrafung der Folterer zu verlangen, damit das überhaupt aufhört. Denn solange sie anonym bleiben, brauchen sie auch keine Furcht zu haben, dass sie irgendwann die Konsequenzen tragen müssen. Das verstärkt die Tendenz, dass es immer so weiter geht. Deswegen ist es sehr wichtig, nach Istanbul zu fahren und den Frauen zeigen, dass sie nicht alleine sind. Wir wollten ihnen zeigen, dass der Prozess auch aus dem Ausland beobachtet wird, und wir wollen dafür sorgen, dass unsere Regierungen dies wahrnehmen und in die politischen und diplomatischen miteinbeziehen.

Das Interview mit Jutta Hermanns wurde am 1. März 2001 von Frau Fatma Sinaci geführt. Frau Sinaci ist Mitarbeiterin im „Freiburger Frauenkomitee zur Solidarität mit den Samstagsmütter in der Türkei“.

Am 13. März dauert das Todesfasten politischer Gefangener in türkischen Gefängnissen bereits 145 Tage. Aufgrund der Unterdrückung der Informationen ist über den Zustand der Todesfastenden, die mit aller Brutalität zwangsernährt werden, wenig bekannt. Der türkische Staat lehnt beinhalt jedes Gespräch mit den Gefangenen ab. Diese sind in die neu errichteten F-Typ-Gefängnisse verbracht, wo sie von einander und weitgehend auch von der Außenwelt isoliert sind. Nicht einmal Zeitungen und Bücher dürfen sie erhalten. Viele befürchten, dass der Staat einen neuen militärischen Angriff vorbereitet.





Am Wochenende erreichte der Zug der Zapatisten aus dem Bundesstaat Chiapas die Hauptstadt Mexikos. Nach einer elftägigen Tour quer durch Mexiko war die Delegation des „Zapatistischen Befreiungsheeres“ (EZLN), gefolgt von einer großen Schar von Unterstützer/innen, in Mexiko-Stadt angekommen. Zuvor hatte der Zug in Guernavaca, Cuautla und Milpa Alta Station gemacht – und damit genau jenen Weg nachvollzogen, den Emiliano Zapata vor 87 Jahren mit seinen Aufständischen Truppen für ein besseres Mexiko gegangen war. Subcomandante Marcos erklärte, dass die EZLN so lange in der Hauptstadt bleiben werde, bis der Vertrag von San Andres Verfassungskraft erhalten hat. Der wurde zwischen den Zapatisten und der mexikanischen Regierung 1996 abgeschlossen und sieht u.a. vor, dass den Volksgruppen mehr Rechte zugesagt werden. Z.B. sollen Streitigkeiten nach dem überlieferten Recht der Volksgruppen geschlichtet werden, Repräsentanten sollen nach eigener Tradition gewählt werden und eigene Medien sollen in eigener Sprache berichten können. Dies lehnt die Mehrheit des Parlaments bisher ab, weil sie die Einheit Mexikos dadurch gefährdet sieht.

VR China: Volkskongress tagt

Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin hat die Volksbefreiungsarmee zur Verbesserung der Kampfbereitschaft unter Bedingungen moderner Kriegsführung aufgerufen. Vor Mitgliedern der Militärdelegation auf der Plenartagung des Volkskongresses in Peking sagte Jiang, die Modernisierung des Militärs durch neue Technologien müsse beschleunigt werden. So sieht der neue Militärhaushalt eine ungewöhnlich hohe Steigerung von 17,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr vor. Jiang Zemin forderte die Volksbefreiungsarmee auch auf, „den lokalen Behörden zu helfen, soziale Stabilität aufrechtzuerhalten“.

Arbeitsminister Zhang Zuoji kündigte an, dass die Arbeitslosigkeit „deutlich steigen“ werde. In den nächsten fünf Jahren erwarte er einen Anstieg von 3,1 auf 5 Prozent. Der Minister bezog sich auf die heute 5,95 Millionen registrierten Arbeitslosen, ohne die 6,57 Millionen einzurechnen, die in so genannten Wiederbeschäftigungszentren auf Arbeit warten. Für diese Arbeitslosen sei es gleichwohl „wirklich schwer, neue Arbeit zu finden“, räumte Zhang ein. Er rechnet im Zuge des neuen Fünfjahrplans mit einem Zuwachs der Arbeitskräfte in den Städten von 8 Millionen jährlich. Gleichzeitig würden neue Arbeitsplätze geschaf-

fen. Auch kündigte er an, dass 40 Millionen „überschüssige“ Arbeitskräfte vom Lande in städtische Gebiete in nichtlandwirtschaftliche Bereiche gebracht werden sollen.

China: Bergarbeiter gegen Entlassung

In Datong, Provinz Shanxi, demonstrierten 2000 Bergarbeiter gegen die Entlassung von 3500 durch die Zeche Baidong, die ihren Bankrott erklärt hat. Bei der Demo gab es Auseinandersetzungen mit der Polizei, dabei wurde ein Kollege verletzt und verhaftet. Die Kumpel zogen dann vor die Polizeistation und erzwangen die Freilassung. Die Zeche will etwas Abfindung zahlen, aber viele Bergarbeiter sind krank und fürchten, dass sie deshalb keinen Job mehr finden und überdies auf den Arzneikosten sitzen bleiben. Ein Sprecher der örtlichen Staatsgewerkschaft sprach von 200 Arbeitern, die eine Petition überreicht hätten; die Polizei bestreitet jeglichen Protest. Quelle: Inside China Today, Yahoo! Singapore News, 9.3.01

Libyen: Vereinigte Staaten von Afrika gegründet

Afrikanische Staatschefs haben eine Afrikanische Union in Anlehnung an die

Europäische Union ins Leben gerufen. „Dies ist ein historischer Tag für die Afrikaner, der ihnen ihre Würde in den Augen der Welt wiedergeben wird“, sagte Libyens Revolutionsführer Muammar al Gaddafi zu Beginn der zweitägigen Gründungskonferenz in seinem Heimatort Sirte. Gaddafi war treibende Kraft hinter der Gründung der Organisation, die er Vereinigte Staaten von Afrika nannte. Die Union will sich für Demokratie und Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Die Gründung muss noch von den Parlamenten der 46 künftigen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Die Union übernimmt die Gründungscharta der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) in veränderter Form. Das Statut der neuen Union sieht vor, dass der Kontinent von einem Rat von Staatschefs gelenkt wird und ein gesamtafrikanisches Parlament sowie einen gemeinsamen Gerichtshof erhält. Gaddafi hatte ein Modell wie in den USA vorgeschlagen, mit einem gemeinsamen Präsidenten und Kongress, was abgelehnt wurde. Die Union soll auch bei Bürgerkriegen und Völkermord eingreifen. Einige OAU-Vertreter äußerten sich skeptisch über die Erfolgsaussichten der neuen Union. Von 21 Verträgen und Abkommen, die in den letzten Jahren von afrikanischen Staatschefs unterzeichnet wurden, seien nur 13 teilweise oder vollständig in Kraft. Unter den Gästen der Gründungskonferenz waren Palästinenser-Präsident Yasser Arafat und Südafrikas früherer Präsident Nelson Mandela.

USA droht Belgrad den Geldhahn abzudrehen, wenn Milosevic nicht ausgeliefert wird

Die USA haben Medienberichten zufolge die Zahlung weiterer finanzieller Hilfe an Jugoslawien an die Festnahme von Ex-Präsident Slobodan Milosevic geknüpft. Die „New York Times“ berichtete am Wochenende, der wegen Kriegsverbrechen angeklagte Milosevic müsse bis Ende März inhaftiert werden, falls Jugoslawien weitere Zahlungen erhalten wolle. Dies gehe aus einer dreiseitigen Forderungsliste hervor, die der USA-Botschafter in Belgrad in der vergangenen Woche dem jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica und dem serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic überreicht habe. Der USA-Kongress hat bereits eine Frist bis zum 31. März gesetzt, bis zu der die jugoslawische Regierung ein deutliches Zeichen der Kooperation im Fall Milosevic setzen soll, wenn sie die Finanzhilfe weiterhin erhalten will. Etwa die Hälfte der insgesamt 100 Millionen Dollar (rund 209 Millionen Mark) wurden noch nicht ausbezahlt. Staatspräsident Kostunica hingegen will den Ex-Staatschef nicht ausliefern und ihn statt dessen in seiner Heimat anklagen.

Zusammenstellung: hav

RATHENOW. Rund 250 Flüchtlinge aus mehreren brandenburgischen Städten zogen am 3. März durch Rathenow. Zur Demonstration aufgerufen hatte die Flüchtlingsinitiative Rathenow, die sich seit einem Jahr für menschenwürdige Lebensbedingungen von Asylbewerbern einsetzt. In beeindruckenden Redebeiträgen forderten Vertreter der Flüchtlingsgruppen die Abschaffung der Residenzpflicht, die es AsylbewerberInnen verbietet, ohne behördliche Genehmigung ihren Landkreis zu verlassen. Unterstützung bekamen sie von der Sprecherin der Internationalen Liga für Menschenrechte, die die Residenzpflicht als „Verstoß gegen elementare und universelle Menschenrechte“ bezeichnete. Die Demonstration war der Auftakt zu bundesweiten Aktionstagen für die Abschaffung der Residenzpflicht vom 17. bis 19. Mai 2001 in Berlin. Sie basieren auf der Erklärung, die der Kongress der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten im April 2000 in Jena verabschiedete. Das nächste bundesweite Treffen zur Planung dieser Aktionstage findet am 31. März statt.

www.nadir.org/nadir Bild: www.umbruch-bildarchiv.de



Bündnis gegen Demonstrationspläne der Neonazis am 1. Mai

FRANKFURT/MAIN. Die militärischen Neonazis der „freien Kameradschaften“ haben für den 1. Mai in Frankfurt eine „bundesweite Großdemonstration des Nationalen Widerstandes“ zur „Europäischen Zentralbank in Frankfurt“ angemeldet. Ihr Motto: „Euro – Globalisierung bekämpfen“. Die Antifaschistische Gruppe/Antifa G, die den Protest gegen die Hauptversammlungen der IG Farben i.A. in den letzten Jahren maßgeblich mitorganisiert hat, wertet den Nazi-Aufruf aufgrund ihrer Recherchen als ernsthaft und realistisch. In einer ersten Information heißt es: „Frankfurt stellt wegen der vielen EinwanderInnen, der Präsenz jüdischer Kultur und Geschichte und der Tradition erfolgreichen antifaschistischen Widerstandes ein besonderes Feindbild für militante Nationalsozialisten dar. Sie versuchen das erste Mal seit fast 25 Jahren in Frankfurt eine Großdemonstration der nationalen Rechten wirklich durchzusetzen. Die Versuche 1988 und 1990 waren jeweils kläglich gescheitert.“ Das Bündnis gegen Rassismus und Nazi-Terror, das die Demonstration zur Reichs-Pogrom-Nacht und der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz organisiert hat, lädt für den 21. März zu einem breiten Bündnis-Treffen ein. Der DGB hat nach Bekanntwerden der Absichten der Nazis dem Ordnungsamt mitgeteilt, dass er die gesamte Innenstadt für seine Aktivitäten am 1. Mai benötigt. Auch das Bündnis gegen Bankenmacht und die DGB-Jugend haben bereits Aktionen geplant, die nach Beendigung der Gewerkschaftskundgebung in der City stattfinden sollen.

trationslager überlebt hatte. Mit einem Beschluss der Weißenseer Bezirksverordnetenversammlung vom September 2000, der mit der Mehrheit der Stimmen der CDU- und SPD-Fraktionen erzielt wurde, soll der Name verschwinden, weil Peter Edel Kontakt zum MfS gehabt hat. Eine Bürgerinitiative stellte sich gegen den Beschluss und erreichte durch eine Klage vor Gericht, dass die Umbenennung verzögert wurde. Mit der Veränderung der Bezirksstruktur in Berlin will die Bürgerinitiative über die PDS-Fraktion in der BVV den Antrag erneut stellen, den Namen des Kulturhauses „Peter Edel“ zu erhalten.

Gelb erstrahlen: Stop Castor – X – Greenpeace. Alle wurden später vom Bundesgrenzschutz in Gewahrsam genommen. Viele Dannenberger kamen, um sich die Aktion aus der Nähe anzusehen.

Vom 24. März bis 1. April finden Schwerpunktaktionen statt: Samstag, 24. März: Demo von Kehl über die Europabrücke nach Frankreich und gleichzeitig große X-minus Auftakt-Demo in Lüneburg. Sonntag, 25. März: Sonntagsspaziergang von Wörth am Rhein entlang der Bahnstrecke nach Lauterbourg. Montag: 26. März: Tag X an der deutsch-franz. Grenze. Sonntag, 1. April: Sonntagsspaziergang zum AKW Neckarwestheim.

Am 24. Februar demonstrierten rund 1000 im Ort Dahlenburg (Landkreis Lüneburg), durch den der Castor-Transport nach Gorleben rollen soll. Etwa 140 lösten sich aus der Kundgebung und blockierten für kurze Zeit die Gleise. Auch in Kehl fand am gleichen Tag eine kurzfristige Schienenblockade statt. Die niedersächsische Landesregierung hat inzwischen das Demonstrationsrecht für den Regierungsbezirk Lüneburg, insbesondere im Landkreis Lüchow-Dannenberg eingeschränkt. Bilder: www.ranbild.de Infos: www.x1000malquer.de

Aktionen gegen die geplanten Castortransporte Ende März

DANNENBERG. Vor dem Verladekran in Dannenbergs sprachen sich am 9. März die fünf großen Umweltverbände BBU, NABU, DNR, Greenpeace und der BUND gegen den anstehenden Castortransport aus und riefen zum Protest auf. Am Tag zuvor ließen rund 35 Greenpeacer aus verschiedenen europäischen Ländern die Umhausung des Verladekrans in neuem



Ein Aktionsprogramm für Ostdeutschland ist wirklich notwendig

BERLIN. Unter der Überschrift „Thierse hat Recht“ stellen bekannte Politiker aus Ost und West fest, dass Thierse Stellungnahme zur Entwicklung in Ostdeutschland weiter große Aufmerksamkeit verdient. Thierse hatte dazu aufgerufen, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, um zu sichern, dass anstehende Probleme in Ostdeutschland kontinuierlich gelöst werden können. Die Unterzeichner des Aufrufs, unter ihnen Egon Bahr, Günter Grass, Unternehmer und Gewerkschafter, drücken ihre Besorgnis aus, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den neuen Bundesländern seit vier Jahren hinter dem der alten zurückbleibt. Sie gehen davon aus, dass Politiker zwar viel

Auseinandersetzung um Kulturhausname „Peter Edel“

BERLIN-WEISENSEE. Das Weißenseer Kulturhaus trägt seit langem den Namen des antifaschistischen Künstlers Peter Edel, jüdischer Kommunist, der das Konzen-

über Probleme reden, aber für die ostdeutschen keine Lösung haben und ihnen deshalb ausweichen. Die Debatte, die Thierse angestoßen hatte, war in der rot-grünen-Regierung keineswegs auf Gegenliebe gestoßen. Und so wollen die Aufrufer verhindern, dass das Problem ad acta gelegt wird. *abe*

Freispruch für Freke Over

BERLIN. Freke Over, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlins (PDS), hatte dazu beigetragen, dass Mitschnitte des Polizeifunks in die Öffentlichkeit getragen wurde, aus denen ersichtlich wurde, dass die Polizei brutale Gewalt gegen Demonstranten der 1.-Mai-Demo angewandt hatte. Den Mitschnitt hatten Unbekannte in das Postfach der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus gelegt, und der erwies sich nach Prüfung als authentisch. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte Over, den Mitschnitt illegal erlangt und Ausschnitte daraus auch weitergegeben zu haben. Das sei ein Verstoß gegen das Kommunikationsgesetz. Sie verlangte eine Geldbuße von 10 000 DM. Der Richter schloss sich jedoch der Meinung der Verteidigung an, dass kein Verstoß seitens Freke Over vorlag. Er sei ohnehin nicht der erste Abgeordnete gewesen, der aus vertraulichen Papieren der Polizei zitiert habe. Over wurde frei gesprochen. *abe*

Landgericht bestätigt Sperre für die Greenpeace-Seite „oil-of-elf.de“

BERLIN. Im Streitfall um die Nutzung der Greenpeace-Internetseite „oil-of-elf.de“ hat das Landgericht Berlin am 6. März die am 18. Januar erlassene einstweilige Verfügung des Ölkonzerns TotalFinaElf gegen Greenpeace bestätigt. Der Konzern hatte wegen Irreführung der Internetnutzer geklagt. „Wir lassen uns keinen Maulkorb verpassen,“ erklärt Jörg Feddern von Greenpeace. „TotalFinaElf ist mitverantwortlich für eine verheerende Umweltverschmutzung in Westsibirien, unter der die Bevölkerung schwer zu leiden hat. In diesem Streit geht es TotalFinaElf nicht darum, einer eventuellen Verwechslungsgefahr vorzubeugen, sondern die Veröffentlichung dieser Informationen im Internet zu unterbinden.“ Durchschnittlich sickern pro Tag in Russland rund 44 000 Tonnen Öl in die Landschaft – soviel wie bei dem Unglück des Tankers „Exxon Valdez“ vor rund zwölf Jahren. TotalFinaElf ist der Hauptimporteur russischen Erdöls nach Deutschland. Bisher streitet der Konzern jede Mitverantwortung ab.

Greenpeace wird gegen das Urteil notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Die Inhalte von „oil-of-elf.de“ werden jetzt unter der Adresse www.zensiert-durch-elf.de präsentiert. Dort startete auch eine Internet-Protestaktion, bei der alle aufgerufen sind, ein Protest-Mail an TotalFinaElf in Deutschland zu senden. www.greenpeace.de

Netzwerk der Jugendgruppen für Mumia Abu-Jamal gegründet

HAMBURG. Auf der „Mumia Jugendkonferenz“ am 17. Februar in Hamburg haben Schülerinnen und Schüler aus Ahrensburg, Bargteheide, Berlin, Hamburg und Hannover ein bundesweites Netzwerk von Jugendlichen für den zum Tode verurteilten afroamerikanischen Journalisten und Ex-Black-Panther Mumia Abu-Jamal gegründet. Als Gäste waren Delegierte der Kampagnengruppen aus Bremen und Heidelberg eingeladen, die einen geschichtlichen Rückblick beisteuerten. „Wir fordern einen neuen fairen Prozess“ und „Stoppt die Hinrichtung“ wurden als zentrale Parolen des Netzwerks angenommen. Darüber hinaus sei es jeder Gruppe freigestellt, eigene Parolen und Forderungen zu entwickeln. Als erste Aktion ist ein bundesweiter Aktionstag am 24. April, Mumias 47. Geburtstag, geplant. *ju*, www.info.partisan.net/ und www.freiheitfuermumia.de

15 000 protestierten am 3. März gegen die NPD in Dortmund

DORTMUND. Am Samstag demonstrierten gut 15 000 Menschen in Dortmund (*Bild*) gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufmarsch von 200 Rechtsextremisten, den der Hamburger Neonazi Worch angemeldet hatte. Mit einer Menschenkette, einem „Band der Solidarität“ sollte ein Zeichen gegen Fremdenhass gesetzt werden. Daneben kam es zu einer Demonstration des Bündnisses „Wir stellen uns quer“, an der 2000 Antifaschisten teilnahmen. Die machten auf einen „gesamtgesellschaftlichen rassistischen Konsens“ aufmerksam und forderten, dass der Nazi-Aufmarsch „direkt unterbunden“ werden müsse. Das gelang angesichts der über 2000 Polizisten, die zusammengezogen worden waren, nicht. Laut Polizeiangaben kam es an diesem Tag zu Festnahmen von drei Linken und sechs Neonazis. Die Polizei hatte am späten Nachmittag 100 Neonazis mit der U-Bahn zum Dortmunder Hauptbahnhof geleitet. 200 Antifaschisten, die sich dort

aufhielten, wurden gewaltsam abgedrängt. Die Ratsfrau des Linken Bündnis Dortmund, Astrid Keller, kritisierte den dabei praktizierten Knüppleinsatz scharf. *Lokalberichte Köln*

3 000 gegen NPD-Wahlkampfkundgebung in Baden-Württemberg

KARLSRUHE. Reichlich faules Obst erntete die NPD am 10. März bei ihrer Kundgebung zur bad.-württ. Landtagswahl am 25. März. Nicht einmal 20 Anhänger dieser Partei, die in beiden Karlsruher Wahlkreisen kandidiert, wagten sich auf den von Absperrgittern und insgesamt 600 Polizisten abgesicherten Kronenplatz. Die Rede des NPD-Landesvorsitzenden Michael Wendland ging im gelenden Pfeifkonzert der ca. 500 antifaschistischen Jugendlichen unter. Insgesamt waren 3 000 Gegendemonstranten dem Aufruf des DGB sowie rund 20 weiterer Organisationen gefolgt und demonstrierten durch die Stadt. Am 27. März steht nun ein Prozess gegen Neonazi Manfred Huck an, der am 6. Mai 2000 bei einem antifaschistischen Straßentheater auf dem Kronenplatz einen Zuschauer schwer verletzt hatte. www.linkesseite.de

Protestaktion gegen Abschiebe-politik in der Ausländerbehörde

WARENDORF/MÜNSTER. Am 6. März haben 12 AktivistInnen der Gruppe „kein Mensch ist illegal – Münsterland“ eine Protestaktion im Ausländeramt Warendorf durchgeführt. Dabei wurde der Arbeitsablauf in der Behörde für mehr als eine Stunde unterbrochen. Ziel der Aktion war es, auf die unmenschliche Asyl- und Abschiebepolitik hinzuweisen. Anlass war ein Ereignis vom letzten Donnerstag. Dort wurde ein kurdischer Flüchtling direkt nach einem Termin bei der Ausländerbehörde von der Polizei festgenommen und in Abschiebehaft gebracht. Während der Kundgebung wurden Flugblätter verteilt und ein Transparent mit der Aufschrift „Schluss mit der rassistischen Abschiebepolitik“ hochgehalten. www.muenster.de/~uwz/kmii





Friedenspolitischer Ratschlag

Veranstaltet vom Kasseler Friedensforum und der Uni GbK

Appell Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen Ein Gemeinschaftsprojekt der Friedensbewegung – Es kann los gehen!

... Die Friedensbewegung muss gegen die Militarisierung der Außenpolitik, gegen die Herstellung einer „strukturellen Angriffsfähigkeit“ der Bundeswehr Widerstand entwickeln. Dazu dient der Appell „Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen“. Er soll zu den Ostermärschen im ganzen Land als Unterschriften-Appell gestartet werden (es darf schon früher begonnen werden) und soll in einem ersten Anlauf bis zum 1. September (Antikriegstag) 2001 durchgeführt werden. – Beginnen wir jetzt!

Initiativen Gruppen, Organisationen, auch Einzelpersonen, die als Träger/Erstunterzeichner der Kampagne fungieren wollen, können sich per e-mail zurückmelden bei: strutype@hrz.uni-kassel.de (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Ich lehne den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee ab und fordere Bundestag und Bundesregierung auf,

- die dafür vorgesehenen 150 000 Soldaten starken „Einsatzkräfte“ aufzulösen,
- die damit verbundene Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen zu stoppen, und
- die dadurch eingesparten rund 100 Milliarden Euro in zivile Projekte zu investieren (z.B. Bildung, Umwelt, Soziales).

Die Vielzahl von Aktivitäten gegen Aufrüstung und Militarisierung der Politik lässt hoffen, dass die Niederlage, die die Friedensbewegung im Kampf um die öffentliche Meinung während des Jugoslawienkrieges hinnehmen musste, langsam verarbeitet wird. – Wir dokumentieren aus dem Internet. (maf)

Aus der Zeitschrift antifa Friedenskongress in Berlin

Es geht um Menschenrechte und eine friedliche Zukunft

Mit dem Ziel, die auf die Sicherung einer „friedlichen Zukunft“ (EU-Charta) der Staaten und Völker in ganz Europa und in der Welt gerichteten verschiedenen Aktivitäten zusammenzuführen und zu einem gewichtigen Faktor einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu entwickeln, bilden friedensorientierte Verbände, Initiativen, Bewegungen, Persönlichkeiten, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien oder ihre Gliederungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Kommunen das Europäische Friedensforum. Das Europäische Friedensforum wird jeweils geeignete Formen für seine Tätigkeit finden, darunter insbesondere auch Tribunale.

Menschenrechtsintervention

1. Herausforderungen der NGO (Nichtstaatliche Organisationen)

... Spätestens in der Debatte seit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien ist das Verhältnis von Souveränität und Intervention in den Brennpunkt besonderen Interesses gerückt. Das berührt die generelle Frage des Verhältnisses von Menschenrechten und Krieg, anders gesagt die Möglichkeit oder Notwendigkeit, Menschenrechte mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Das stellt weltweit für alle NGO, die sich mit Menschenrechten befassen, eine Herausforderung zur Positionierung dar und wirft für deutsche oder in Deutschland wirkende NGO zusätzlich drängende Fragen auf. Schließlich ist im Grundgesetz der Bundesrepublik ein Friedensgebot verankert, das der alliierten Zielsetzung nach dem Zweiten Weltkrieg entspricht und im so genannten 2 plus 4-Vertrag (Art. 2) ausdrücklich bekräftigt wurde.

2. Vom Interventionsverbot zum Interventionsgebot?

Bei der Frage nach der Legitimität und Legalität von so genannten humanitären Interventionen als Mittel der Politik geht es heute nicht so sehr um die klassische „humanitäre Intervention“, wie sie zum Schutz eigener Staatsangehöriger vom Boxeraufstand über die Monroe-Doktrin

Schritte zur Abrüstung Die Regierung Schröder plant unter Federführung von Bundeswehrminister Schäping eine neue Aufrüstungsrunde. (...) Die Militarisierung der deutschen und der EU-Außenpolitik erhöhen die Kriegsgefahr in und um Europa. (...) Eine schrittweise, deutliche Verkleinerung der Bundeswehr wird weitere Abrüstung in Europa erleichtern. Wir vertreten die Zielperspektive der Auflösung aller nationalen Armeen. (...)



Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende erste Schritte zu unternehmen:

- Stopp der Umstrukturierungsmaßnahmen, die aus der Bundeswehr eine Interventionsarmee machen sollen, und aller dazu gehörenden Rüstungsprojekte;
- Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr auf 150 000 Soldaten bis zum Jahr 2002;
- sofortige Abschaffung der Wehrpflicht, Kürzung des Militärhaushaltes zu Gunsten von Ausgleichsmaßnahmen für den wegfallenden Zivildienst;
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa;
- aktives Eintreten für eine Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen;
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Prozent jährlich;
- sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte;
- Förderung ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung mit mindestens 50 Millionen Mark jährlich, das ist 1 Prozent des jetzigen Rüstungsetats;
- mindestens 10 Millionen Mark jährlich für Friedens- und Konfliktforschung

EINLADUNG
Europäischer Friedenskonvent
am 23./24. März 2001
23. März: Haus am Köllnischen Park
24. März: Kirche Zum Heiligen Kreuz

c/o: Gesellschaft zum Schutz von
Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.
Weitlingstr. 89, 10317 Berlin

TAGESORDNUNG:

23. März 2001, 10:00 Uhr

Konferenz zum Thema: Menschenrechte und Intervention Resümee und alle Friedenskräfte (Thesenpapier wird in englisch, russisch und deutsch in Vorbereitung des Konvents versendet) Auf der Konferenz erarbeiteter Vorschlag einer Resolution zum Thema wird der Manifestation zur Annahme empfohlen.

Ende der Beratung: 19:00 Uhr

24. März 2001, 9:00 Uhr: 1. Erklärungen der Teilnehmer zu Aufgaben und Statut des Europäischen Friedenskonvents. 2. Konstituierung des Europäischen Friedenskonvents (ein Vorschlag für Statut und Geschäftsordnung wird in obigen Sprachen vorgelegt) 3. Bestätigung eines Präsidiums des Konvents (die Vertreter der angekündigten Organisationen, Friedensinitiativen, NGO, Parteien, Gewerkschaften, Parlamenten und Kirchen werden gebeten, mit der Zusam-

ge zur Teilnahme im Maße ihrer Möglichkeiten auch einen Vertreter ihrer Institution für das Präsidium zu benennen) 4. Aufruf zur Gründung eines Europäischen Friedensforums 5. Verabschiedung der Resolution: Menschenrechte und Frieden

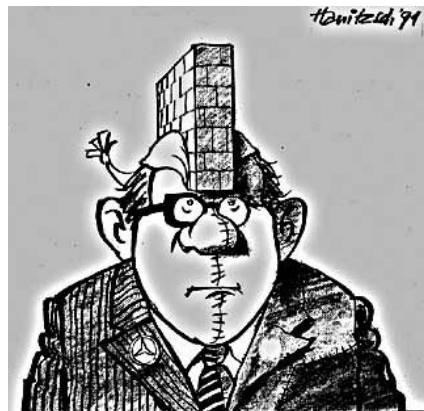
Abschluss: 16:00 Uhr

Der erste Konvent wird durch ein Komitee von Initiatoren vorbereitet, dem ein Arbeitspräsidium vorsteht. Sekretär des Komitees ist Elmar Schmähling. Das Komitee ist aus der Bewegung für ein Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien hervorgegangen. Aus Gründen organisatorischer Zweckmäßigkeit, wird es sich notwendigerweise in Vorbereitung der ersten Sitzung aus Vertretern der Friedensbewegung in Deutschland zusammensetzen. Aktive Mitstreiter werden gesucht. Wir sind auf Spenden angewiesen.

Eine Veröffentlichung der Ergebnisse des Konvents erfolgt als Sonderheft des Journals ICARUS.

Vorläufige Kontaktadresse:

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)
Weitlingstr. 89, 10317 Berlin
Tel. 030 / 5578397, FAX 030 / 5556355
E-Mail: gbmnev@t-online.de



Nach 7 Monaten:

Sozialamt Hannover musste neue Krankenscheine für Flüchtlinge drucken

HANNOVER. In einer Ratsversammlung am Mai 2000 forderte der hannoversche PDS Ratsvertreter Ulrich Wolf die hannoversche Stadtverwaltung auf, die freiwillige Inanspruchnahme von „medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen“ und „amtlich empfohlenen Schutzimpfungen“ für Flüchtlinge entsprechend §4 Abs. 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG) sicherzustellen. Seit September 2000 erhalten Flüchtlinge nun die daraufhin neu gedruckten Krankenscheine mit einem Hinweis auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme.

Nach §4 Abs. 3 AsylblG haben Flüchtlinge einen Anspruch auf sämtliche „amtlich empfohlenen Schutzimpfungen“ und „medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen“, den die zuständige Behörde zu sichern hat. Trotz der sich daraus ergebenen eindeutigen Verpflichtung für die kommunalen Sozialämter wurden in Hannover zu diesen Zwecken keine Krankenscheine an die Flüchtlinge ausgegeben. Dadurch, dass die Krankenscheine den einschränkenden Aufdruck „nur bei akuter und schmerzhafter Erkrankung“ beinhalteten, hatten die Betroffenen keine Möglichkeit zum Zwecke einer Schutzimpfung oder Vorsorgeuntersuchung in den Besitz eines Krankenscheines zu kommen.

Dass dies mehr als fahrlässig ist und nicht nur den eindeutigen Verpflichtungen nach dem AsylblG, sondern auch denen des Bundesseuchenschutzgesetzes widerspricht, musste nun auch die Stadtverwaltung Hannover einsehen und neue Krankenscheine drucken lassen, die jetzt um den weiteren Zusatz „Dies (Kostenübernahme, Anm. der Verf.) gilt auch für die Inanspruchnahme von medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen und amtlich empfohlene Schutzimpfungen“ ergänzt sind.

Seitdem haben Flüchtlinge in Hanno-

(oft genug missbräuchlich) bis in die jüngste Zeit hinein praktiziert wird. Zunehmend wurden diese Fälle bemängelt mit Argumentationen, die Demokratie wiederherstellen zu wollen, etwas gegen den Terrorismus zu tun oder auch nur nationale Interessen zu schützen. Diese Art „humanitäre Intervention“ einzelner Staaten ist schließlich als Konzept durch das Völkerrecht gestoppt worden, das Gewalt gegen einen Staat nur noch im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems zulässt ... Eine solche Intervention könnte heute nur mehr auf Grund eines Beschlusses des Sicherheitsrates erfolgen, durch den schwer wiegende Verletzungen der Menschenrechte als Friedensbruch oder Friedensbedrohung gemäß Artikel 39 der UN-Charta qualifiziert und dagegen Zwangsmaßnahmen angeordnet oder empfohlen werden. Dessen ungeachtet ist bereits mit der Reagan-Doktrin, neuerlich insbesondere im Zusammenhang mit der Verkündung der Neuen Weltordnung (Bush) und der Ausarbeitung einer neuen NATO-Doktrin begleitend behauptet worden, neuere internationale Entwicklungen stellen das Interventionsverbot nicht nur in Frage sondern erheischen geradezu ein Interventionsgebot ... Abgesehen von der



Gefahr für die Stabilität der Friedensordnung, die durch mögliche Selbstman datierung von Staaten oder Bündnissen zum Krieg (sozusagen anstelle der UNO) heraufbeschworen würde, zeigt gerade der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, dass damit auch der Vortäuschung oder Erfindung von Kriegsgründen Vorschub geleistet wird. Die Lage war zum Zeitpunkt des Überfalls keineswegs so, wie die Aggressoren es glauben machen wollten. Und das wussten sie auch ...

3. Interventionsverbot! Es sei denn die UNO beschließt ...

Aus Kreisen der Friedensbewegung und Friedensforschung sowie auch von Völkerrecht lernern und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen wurde dem entgegen gehalten:

- die Annahme, dass der internationale Schutz der Menschenrechte zumindest gelegentlich die Verletzung geltenden Völkerrechts erfordere, ist eine den Frieden gefährdende Einstellung des gelgenden Völkerrechts
- die Verfassung der internationalen Staatengemeinschaft ist die UN-Charta. Die grundlegenden Prinzipien des gelgenden Völkerrechts, wie sie sich aus der UN-Charta ergeben, sind:
- das Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt (Artikel 2,4 der UN-Charta)
- der Grundsatz der souveränen Gleichheit mit dem Gebot der Achtung der territorialen Integrität und dem Interventionsverbot
- das Gebot der friedlichen internationalen Zusammenarbeit und
- die Achtung bestimmter grundlegender Menschenrechte, insbesondere das Diskriminierung verbot und das Recht auf Leben ...

ver die Möglichkeit, die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert Koch Institut in Berlin amtlich empfohlenen Schutzimpfungen in Anspruch zu nehmen. Die STIKO empfiehlt bei Erwachsenen die Impfungen gegen Diphtherie und Tetanus, gegen Poliomyelitis sowie gegen Hepatitis B. Bei Kindern empfiehlt sie Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis sowie gegen Poliomyelitis, Masern, Mumps, Röteln und gegen Hepatitis B, bei Kleinkindern auch gegen Hib. Darüberhinaus besteht auch ein Anspruch auf alle im Hinblick auf die Situation im Herkunftsland empfohlenen Impfungen.

Auch die medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen, d.h. für Schwangere, für Kinder die U 1 – U9, gynäkologische Untersuchungen, Gesundheitsuntersuchungen alle 2 Jahre für Menschen ab 35 und die Krebsvorsorge einmal jährlich für Frauen ab 20 und Männer ab 45 Jahren können nun in Anspruch genommen werden.

Obwohl zu den medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchung auch die zahnärztliche Vorsorge zählt, wurden die Zahnbefindungsscheine jedoch nicht geändert. Sie sind weiterhin auf die Behandlung von akuten und schmerzhaften Erkrankungen reduziert. Hier gilt es weiter dafür zu streiten, dass Flüchtlinge entsprechende Zahnbefindungsscheine d. h. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres alle 6 Monate und anschließend jährlich bekommen.

Da stark davon auszugehen ist, dass bezugnehmend auf den niedersächsischen Runderlass zur Durchführung des AsylblG vom 14.8.1995 in allen niedersächsischen Sozialämtern weiterhin Krankenscheine mit dem einschränkenden Zusatz „akut und schmerhaft“ an Flüchtlinge ausgegeben werden und Flüchtlinge ihres Rechts auf Schutzimpfungen und Vorsorgeuntersuchungen beraubt werden, haben wir über MdL Christian Schwarzenholz (PDS) eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Zum einen wollen wir die niedersächsische Praxis der Krankenscheinvergabe in den Sozialämtern erfragen und zum anderen warum in dem o.g. Runderlass nicht das sich für Flüchtlinge ergebene Recht der freiwilligen Inanspruchnahme nach §4 Abs. 3 AsylblG festgeschrieben wurde. In der letzten Frage wird die Landesregierung die Frage zu beantworten haben, wie sie zukünftig sicherstellen wird, dass die Verpflichtungen der kommunalen Sozialämtern auch tatsächlich umgesetzt werden. Denn eines ist klar, eine im Asylbewerberleistungsgesetz formulierte Verpflichtung für eine kommunale Behörde, kann nicht mit Bezug auf einen Ländererlass gelehnt werden. Nichtzuletzt hat Hannover dieses gerade bewiesen. (aha)

Die Anfragen bzw. Anträge können im Wahlkreisbüro MdB Heidi Lippmann angefordert werden. Tel: 0511 – 45 84 713, Fax: 0511 – 92 45 910 e-mail: A.Halberstadt@web.de

Videoüberwachung. MÜNCHEN. Schon nach acht Monaten der einjährigen Testphase des Projektes „Videoüberwachung in Regensburg“ will der bayerische Innenminister Beckstein die Überwachung ausdehnen. Zur Identifizierung von Tatverdächtigen soll außer der Bildübertragung eine permanente anlassunabhängige Bildaufzeichnung eingerichtet werden, wozu das Polizeiaufgabengesetz geändert werden muß. Danach soll dann „Big Brother“ in weiteren Städten installiert werden. SPD und Grüne im Landtag lehnen dies ab, der Datenschutzbeauftragte Vetter hat vor einer ausufernden Videoüberwachung gewarnt. Sie beeinträchtige die freie Entfaltungsmöglichkeit des Menschen und verstöße gegen den Schutz der Menschenwürde. – *Berichte aus Augsburg und Schwaben 5/2001*

Widerstand gegen Videoüberwachung. MANNHEIM. Das Mannheimer Aktionsbündnis gegen (Video-)Überwachungsgesellschaft hat sich nach der Demonstration am 13. Februar jetzt wieder getroffen. Voraussichtlich werden im Juni mehrere Veranstaltungen und eine öffentliche Aktion zu diesem Thema stattfinden. Unabhängig davon haben die Parteijugenden von SPD, FDP (im Gegensatz zur Partei) und Grünen beschlossen, gegen die Mannheimer Videoüberwachung näher zusammenzuarbeiten. U.a. soll ein öffentliches Symposium durchgeführt werden. *Kommunal-Info Mannheim 5/2001*

Gegen Privatisierungen. FRANKFURT A.M. Gegen Privatisierungen kommunaler Einrichtungen hat sich in Frankfurt Höchst eine Initiative gegründet. Ausgangspunkt sind Auseinandersetzungen am Krankenhaus Höchst, das mit über 2000 Beschäftigten eines der größeren Frankfurter Krankenhäuser ist. In den letzten zwei Jahren wurde dort damit begonnen, Teile der nichtmedizinischen Bereiche an Fremdfirmen wie die Firma ELITE zu vergeben. Die von dieser Firma eingesetzten Arbeitskräfte sind zu meist Immigranten und werden sehr schlecht bezahlt. Die Initiative wendet sich an die betroffene Bevölkerung und aktive Gewerkschafter in der Region. *Mail: gegenprivatisierung@hotmail.com*
Franfurter Info 5/2001

Familienpolitik. BERLIN. Anlässlich des Weltfrauentages sprach sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote aus. Dies würde vielen alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen den Gang zum Sozialamt ersparen und dauerhafte berufliche Perspektiven eröffnen. „Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahre und schulpflichtige Kinder muss

endlich als gesamtstaatliche Aufgabe begriffen werden. Dies setzt eine finanzielle Förderung von Bund und Ländern voraus“, so Landsberg. Zurzeit zahlen die Kommunen 20 Milliarden DM im Jahr für die Betriebskosten ihrer Kindergärten. Hinzu kommen noch ca. 5 Milliarden pro Jahr an Betriebskosten für die Plätze der unter 3-jährigen und der schulpflichtigen Kinder. Die demographische Entwicklung macht es notwendig, das Erwerbspotential von Frauen zu mobilisieren und ihnen dauerhafte berufliche Perspektiven zu eröffnen. Den bundespolitischen Bekenntnissen für ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagesbetreuung müssen endlich Taten folgen, so Landsberg. Sollte der Bedarf gedeckt werden, würden die Kosten von 20 Mrd. DM im Jahr auf 40 Mrd. DM steigen. „Dies ist allein von den Kommunen nicht zu finanzieren“ äußerte Landsberg. „Hier ist auch die Wirtschaft gefordert“ betonte Landsberg. Die Unternehmen sind gefordert, in größerem Umfang Betriebskindergärten zu schaffen, Arbeitszeiten flexibler zu gestalten und Frauen nach einer „Kinderpause“ den Wiedereinstieg in den Job zu erleichtern. www.dstgb.de

Wohnungsbaurecht. PORTZ. Im Rahmen einer Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zu dem vom Bundesbauministerium erarbeiteten Entwurf zur Reform des Wohnungsbaurechts, der am 14. März 2001 vom Bundeskabinett beschlossen werden soll, hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund seine Kritikpunkte eingebracht.

Mit einigen Maßnahmen zur Neuorientierung und Anpassung der sozialen Wohnraumförderung an die heutigen Erfordernisse entspricht das Bundesbauministerium langjährigen Forderungen des DStGB. Dies betrifft u. a.: Das Abgehen von der Förderung der Zielgruppe „breite Schichten der Bevölkerung“ zugunsten von Haushalten mit Marktzugangsschwierigkeiten, die verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bestand sowie die gleichberechtigte Förderung des Ankaufs von Belegungsrechten und die Flexibilisierung der Förderinstrumente und die Aufgabe gesetzlich vorgegebener Förderwege.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund kritisiert wie die beiden übrigen Spitzenverbände insbesondere, dass der Förderrahmen des Bundes im Bereich der Wohnungsbauförderung auf den gesetzlichen Mindestverpflichtungsrahmen von 230 Mio. Euro herabgestuft werden soll. Es sei mindestens eine Aufstockung der Bundesmittel auf 1 Mrd. DM jährlich notwendig. www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

„Qualitative Forderungen“

Die baden-württembergische IG Metall hat die Tarifbewegung 2001 eröffnet. Sie betrifft nicht Entgelterhöhungen, denn diese – 2,1% zum 1.5.2001 – stehen seit einem Jahr fest. Heute bestätigt sich, dass diese Erhöhung unter den Teuerung und weit unter den Möglichkeiten der boomenden Metallindustrie liegt. Sie ist das bisher greifbarste Ergebnis des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, das unter dem Titel „beschäftigungsfördernde Tarifpolitik“ die gewerkschaftlichen Lohnforderungen seinerzeit erfolgreich an die Leine gelegt hat. Die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis für 2001 ist in der IG Metall inzwischen verbreitet, aber den Urheber des Abschlusses kann man nicht mehr greifen, weil der damalige NRW-Bezirksleiter Schartau bald nach dem bündnis-treuen Abschluß zum Landesarbeitsminister wegbelohnt wurde.

Die IG Metall versucht nun, mit qualitativen Forderungen das Loch des Jahres 2001 zu füllen. Sie verhandelt in NRW und Baden-Württemberg über einen neuen Entgeltrahmentarifvertrag mit gemeinsamen Entgeltbestimmungen für Arbeiter und Angestellte. In Baden-Württemberg ist die Konstruktion dieses Tarifvertrags, was gemeinsame Eingruppierungsbestimmungen und Eingruppierungsbeispiele betrifft, weitgehend ausverhandelt. Allerdings bisher ohne die kritische Definition der Entgeltlinie, also die Zuordnung von Geldbeträgen zu den Entgeltgruppen. Außerdem blockiert der Arbeitgeberverband den Fortgang mit der Forderung nach strikter Kostenneutralität. Jede Verbesserung auf Arbeiterseite könnte danach nur mit Kürzungen auf Angestelltenseite realisiert werden.

Forderungen nach Qualifizierung und Leistungsbegrenzung

Die IG Metall erwartet deshalb für das Projekt Gemeinsamer Entgeltrahmentarifvertrag keinen schnellen Durchbruch, sondern versucht nun in Baden-Württemberg den Fuß in die Tür zu bekommen mit einigen Einzelforderungen, die dem ERTV den Weg bahnen sollen.

Zu diesem Zweck hat die Große Tarifkommision am 5. März Forderungen für einen Tarifvertrag „Qualifizierung und Beteiligung“ beschlossen:

- Gegen die ungeheure

Leistungsverdichtung vor allem im Zeitlohn- und Angestelltenbereich sollen die Beschäftigten ein Reklamationsrecht bei Überlastung erhalten. Dazu müssten tarifliche Kriterien definiert werden, wann eine Überlastung vorliegt (gedacht ist wohl z.B. an permanente Mehrarbeit in bestimmten Abteilungen u.ä.), und die Möglichkeit zu einer Leistungsvereinbarung gegeben sein.

- Einsatzeingeschränkte Beschäftigte, denen die Rationalisierung der letzten Jahre keine Nischen im Betrieb mehr gelassen hat, sollen besser geschützt werden, indem die Betriebsräte Mitbestimmung bei der Neuplanung von Arbeitssystemen erhalten.
- Alle Beschäftigten sollen einen tariflichen Anspruch auf Qualifizierung erhalten in Form eines Anspruchs auf eine Qualifizierungsvereinbarung, mit der Fortbildungsbedarf und Maßnahmen festgestellt werden.
- Weil auch das Berufswissen rasch veraltet, sollen Beschäftigte ab 40 bzw. ab 50 berufsfachliche Qualifizierung bis zu drei Monaten zur Auffrischung ihres beruflichen Grundwissens erhalten.
- Wer sieben Jahre in restriktiven Arbeitsbedingungen (kurze Taktzeiten) gearbeitet hat, soll Anspruch auf die Qualifizierung für einen höherwertigen Arbeitsplatz erhalten. Kommt es dann nicht zu dem höherwertigen Arbeitsplatz, soll es eine 3-prozentige Zulage geben.
- Für Beschäftigte an Arbeitsplätzen ohne Berufsausbildung werden (vage) spezielle Qualifizierungsprogramme zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung verlangt.
- Für persönliche, also nicht betrieblich veranlasste, Weiterbildungsinteressen soll – unter Einhaltung einer Ankündigungsfrist – ein Anspruch auf Freistellung oder befristete Teilzeit entstehen.



Damit würde die Eigenkündigung entfallen, zu der die Teilnehmer an Meister- oder Technikerschulen in der Regel gezwungen wurden.

- Schließlich soll in Nordwürttemberg-Nordbaden zwecks Vereinheitlichung der Tarife in Baden-Württemberg die Leistungszulage der Zeitlöhner von 16% als ausdrückliche Mindestforderung formuliert werden.

Arbeitgeberverband gegen tarifliche Ansprüche

Soweit die Forderungen, für die gegenwärtig mit einer Kampagne „gute Arbeit“ mit Fragebögen, Untersuchungen usw. betrieblich mobilisiert wird. Im Februar stand dabei die Qualifizierung im Mittelpunkt, im März sind es die Leistungsbedingungen. Die baden-württembergische IG Metall hält, durchaus im Unterschied zu anderen IGM-Bezirken, eine Mobilisierung zu den o.g. Themen für möglich, wenn auch schwieriger als z.B. für Lohnforderungen.

Auf der Gegenseite will der Verband der Metallindustrie die Qualifizierung als rein betriebliche Angelegenheit ohne tarifliche Ansprüche behandelt haben. Dahinter steckt die Forderung der Unternehmen, allein darüber zu entscheiden, wer, wann, in welcher Angelegenheit und in welchem Umfang qualifiziert wird. Für sie ist die Einmischung von Beschäftigten, Betriebsräten oder Gewerkschaft in Qualifizierungsmaßnahmen eine unerträgliche Störung ihres Direktionsrechts.

Für Konfliktpotential ist also gesorgt. Allerdings ist die IG Metall auf einen größeren Konflikt jetzt und an diesem Punkt kaum eingestellt. Man fragt sich: Hat die IG Metall-Bezirksleitung Verhandlungsmasse, die sie in eine Verhandlungslösung einbringen könnte? Vielleicht kalkuliert sie, dass die Beschäftigten – z.B. mit der Einbringung von Zeitguthaben – für die Qualifizierungskosten mit aufkommen könnten. Das haben die Arbeitgeberverbände oft genug gefordert, und viele Unternehmen gehen schon in diese Richtung. Überraschungen sind möglich. *rok*



„Qualitätsmanagement“ – der entfesselte Markt wirft seine Schatten voraus:

Der Mensch oder das Geld im Mittelpunkt?

In der neuesten Ausgabe des Krankenhaus-Info der ÖTV Stuttgart-Böblingen ist ein interessanter Aufsatz zu der Einführung der „Kundenorientierung“ in den Krankenhäusern. Mögliche Auswirkungen auf Beschäftigte und Patienten werden analysiert und Forderungen auch für die Kommunalpolitik entwickelt.

Qualitätsmanagement im Krankenhaus wird aufgrund neu geschaffener gesetzlicher Regelungen (Sozialgesetzbuch V, §§135ff) flächendeckend zur Realität werden. Das Gesetz verpflichtet die Krankenhäuser, „einrichtungsintern ein Qualitätsmanagement einzuführen und weiterzuentwickeln“. Häusern, die sich dem verweigern, drohen ab 2002 Abschläge bei den Budgetfestsetzungen. Was verbirgt sich dahinter? Dass es so manches zu verbessern gäbe, wissen die Beschäftigten sehr gut. An Vorschlägen mangelt es eigentlich kaum. Die Crux ist nur, dass eine Steigerung von Qualität in vielen Fällen auch eine bessere personelle Ausstattung erfordert. Dies würde jedoch die Kosten steigern. Was aber gerade nicht der Sinn der ganzen Veranstaltung ist. Man sollte sich also keine Illusionen machen ...

Knallharte Ellenbogenkonkurrenz

Es ist kein Zufall, dass Qualitätsmanagement gerade heute forciert wird. Die ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen in der Krankenhauslandschaft wandeln sich seit geraumer Zeit. Erkennbar ist die Richtung einer fast vollständigen Unterwerfung auch dieses Bereiches der Gesellschaft unter die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes. Ein starken Schub wird diese Entwicklung in den kommenden Jahren mit der völligen Umstellung der Krankenhausfinanzierung durch die Einführung des fallpauschalierten Vergütungssystems nach DRG (Diagnosis Related Groups) erhalten. Wer die Verweildauer der Patienten am meisten drückt, wer die meisten „attraktiven Fälle“ in möglichst geringer Zeit mit möglichst wenig Personalkosten durchzieht, der wird als Sieger aus dem gnadenlosen Wettbewerb hervorgehen. Auf wessen Kosten, ist klar. „Die Präsidentin des Deutschen Pflegerates, Marie-Luise Müller, befürchtet, dass in den nächsten Jahren rund 100 000 Pflegekräfte arbeitslos werden könnten, wenn die Verweildauer in den Krankenhäusern um 50 % sinken sollte ... Für die Pflege besteht das Problem darin, dass sie in diesem System nur als Kostenfaktor bei der Berechnung von Kostengewichten auftaucht.“ (FAZ 26.1.01) Und was auf die Patienten zukommt, macht der Sarkasmus mit der sogenannten „englischen Verlegung“ deutlich. Da geht's eben hoppla hopp und der Patient ist halt, so

wie das Steak, noch „ein bisschen blutig“ ...

Mit „Kundenorientierung“ Fassadensanierung betreiben

Die Krankenhäuser sollen der knallharten Konkurrenz um Sein oder Nichtsein ausgeliefert werden. Geld soll zum Maß aller Dinge werden. Menschen werden zu Kunden. Patienten werden zu Kunden. Weg vom bedürftigen Menschen hin zum möglichst rentablen Fall.

Ein wesentliches Ziel von Qualitätsmanagement ist es deshalb auch, die Bezeichnung „Kunde“ für PatientInnen und Angehörige in unseren Köpfen zu verankern. Dabei wird geschickt an dem verbreiteten Unbehagen an dem Begriff „Patient“ angesetzt. Der leidende, unmündige Patient ist nicht das, was wir uns eigentlich wünschen. Zu Recht wird die darin enthaltene reduktionistische Sicht des Menschen kritisiert. Als scheinbare Alternative wird nun der Begriff „Kunde“ ins Spiel gebracht. Aber damit wird der Mensch noch mehr reduziert. „Kundenbeziehungen“ sind Geldbeziehungen. Der Kunde ist solange König, wie er zahlungskräftig ist. Und was kann der „Kunde“ Patient beurteilen? Ist er in der Lage, die Zusammenhänge im Krankenhaus zu verstehen, eine kritische Sicht auf die Umstände und die Art und Weise seiner Behandlung zu entwickeln, genügend qualifiziertes Personal einzufordern, das über genügend Zeit und Spielräume verfügt, um sich ihm in angemessener Weise zuwenden zu können? Natürlich nicht. Das wäre ja ein anderer, ein mündiger Patient. Aber genau darum geht es Qualitätsmanagement nicht. Der „Kunde“ Patient kann beurteilen, ob die Brötchen frisch oder hart sind und ob die Räume hell und freundlich sind. Das soll ihm dann geboten werden – in der Hoffnung, damit im Kampf um Marktanteile bestehen zu können.

Nichts gegen frische Brötchen und helle Räume – aber wenn dafür im OP und auf der Intensivstation nach wie vor ein nicht zu verantwortender Personalmangel herrscht, weil das der „Kunde“ eh nicht beurteilen kann, dann wird deutlich, was mit „Kundenorientierung“ eigentlich beabsichtigt ist: Ablenkung von der Hauptsache, den Blick auf die Fassade richten, um nicht über die eigentlichen Probleme reden zu müssen. Demgegenüber müsste es gerade Ziel der Beschäftigten sein, für den mündigen Patienten einzutreten und sich einer Unterordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen unter den oberflächlichen Aspekt des Geldes zu widersetzen.

In USA, Großbritannien und anderen Ländern kann schon lange beobachtet werden, was eine Praxis bewirkt, die das

Geld und nicht den Menschen in den Mittelpunkt der Organisation des Gesundheitswesens stellt: Eine menschenverachtende Zweiklassen-Medizin mit heruntergekommenen Billigangeboten für die Armen und Luxusmedizin für diejenigen, die sich's leisten können.

Wollen wir diese Zukunft?

Die Gefahren eines liberalisierten Krankenhausmarktes liegen auf der Hand: Schließung von Krankenhäusern in großer Zahl, Ausdünnung der Versorgung in der Fläche, Selektion der Fälle je nach finanzieller Attraktivität, Zweiklassenmedizin ...

Das wirtschaftlich-politische Zukunftsszenario „Krankenhaus 2015“, besser bekannt als „Artur-Andersen-Studie“ – eine Arbeit, in der den neoliberalen Marktfundamentalisten nach dem Mund geredet wird – beschreibt die von ihnen ersehnten Zustände in vierzehn Jahren unter anderem etwa so: „Es fehlen in den staatlichen Krankenhäusern seit Jahren Finanzmittel, um ausreichend Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Neue, zukunftsweisende Investitionen werden seit Jahren nicht mehr durchgeführt. Die Schere zwischen staatlichen Häusern auf der einen Seite, sowie freigemeinnützigen und privaten Häusern auf der andern Seite hat sich weiter geöffnet.“ Und: „Art und Umfang der Grundversorgung liegen deutlich unter dem Leistungsniveau Ende der 90er Jahre“. „Es gibt nicht mehr die einst im Sozialgesetzbuch V definierten Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung, sondern es besteht freie Vertragsgestaltungsmöglichkeit“, je nach Geldbeutel, versteht sich usw. usf.

Rahmenbedingungen sollen kritiklos akzeptiert werden

Ohne diesen Hintergrund ist die Einführung von Qualitätsmanagement nicht zu verstehen.

Es hat selbstredend nicht die Aufgabe, zu hinterfragen, ob Fallpauschalierungen und Budgetdeckelungen der richtige



Karikatur: Jan Tornesch

Weg sind, ob der Rückzug des Staates, der Kommunen aus der Daseinsfürsorge überhaupt verantwortbar ist oder nicht. Es behandelt im Gegenteil gerade diese Fragen als „unzulässige Fragen“.

Qualitätsmanagement fordert die kritiklose Akzeptanz der wirtschaftlich und politisch gesetzten Bedingungen.

Es wird so getan, als könnten mit Qualitätsmanagement all die voraussehbaren negativen Auswirkungen eines liberalisierten Krankenhausmarktes in den Kliniken selbst aufgefangen und quasi ungeschehen gemacht werden. Was nicht nur völlig illusionär ist, sondern auch ein verstecktes Eingeständnis der Ideologen des freien Marktes, dass der Markt eben doch nicht alles zum Besten regelt...

Managementkonzept: Gold raus aus unseren Köpfen – Angst rein

„Wir haben gar keine andere Chance, als uns alle so zu verhalten, wie der Markt es von uns verlangt.“ Dieser Satz soll zum Glaubensbekenntnis von uns allen werden. Der Gedanke an eine mögliche Alternative zur Auslieferung der Krankenhäuser an die Gesetze des Marktes soll erst gar nicht aufkommen.

Des weiteren sollen wir selbst mittels Qualitätsmanagement für den Verdrängungswettbewerb „fit gemacht“ werden. Aus dem Munde des Managements hört sich das so an: „Wir müssen das Gold in den Köpfen unserer Mitarbeiter heben.“ Und womit die solchermaßen geleerte Goldgrube aufzufüllen ist, ist auch kein Geheimnis: Mit Angst. Um unsere Arbeitsplätze – also um unsere Existenzgrundlage – wenn nicht jeder von uns immer mehr „Leistung“ aus sich herauspresst. Ein internationaler Spitzenmanager, Intel-Chef Andrew Grove, beschreibt das so: „Die wichtigste Aufgabe der Führungskräfte ist, eine Umgebung zu schaffen, in der die Mitarbeiter leidenschaftlich entschlossen sind, auf dem Markt erfolgreich zu sein. Furcht spielt eine große Rolle, diese Leidenschaft zu entwickeln und zu bewahren. Angst vor dem Wettbewerb, Angst vor einem Bankrott, Angst, einen Fehler zu machen und Angst, zu verlieren, können starke Motivationskräfte sein.“

Das ist leider alles andere als weit hergeholt. Von einem Vertreter der Sana bekamen über 100 leitende Mitarbeiter des Katharinenhospitals zu hören: „Das Wesentliche ist, auf dem Markt bestehen zu bleiben. Der Friedhof ist voll von Leuten, die geglaubt haben, dass sie unersetzlich sind. Glauben Sie mir, der persönliche Arbeitsplatz ist eine große Motivation.“

Wo Qualität draufsteht, da muss auch Qualität drin sein

Auf einem ÖTV-Seminar befassten sich kürzlich über 30 PersonalräteInnen aus Stuttgart, Tübingen, Esslingen, Reutlingen und anderen Häusern mit den

Herausforderungen für die Beschäftigten. Klar wurde schnell, dass auf Dauer niemand um Qualitätsmanagement herumkommen wird. Es wird darum gehen, sich auf Schadensbegrenzung zu konzentrieren, sämtliche Informations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuschöpfen und wo immer möglich den Spieß umzudrehen:

„Wo Qualität draufsteht, da muss auch Qualität drin sein.“ Damit gilt es, die Entscheidungsträger innerhalb der Häuser, aber auch die politisch Verantwortlichen zu konfrontieren. Für Fassadensanierung à la „hier noch ein Frühstücksbuffet und da noch ein Schnickschnack“, während gleichzeitig an allen Ecken das Personal fehlt, sind wir nicht zu haben.

Auch wenn sich heute praktisch alle politischen Entscheidungsträger mehr oder weniger als verlängerter Arm der ökonomischen Macht des Marktes verstehen und den Rückzug der Politik auch im Gesundheitswesen bewusst forcieren, ist das für uns als Beschäftigte noch lange kein Grund, auf den selben Leim zu gehen.

Es gibt Alternativen

Unsere Frage ist nicht: Wer wird in der Stuttgarter Krankenhauslandschaft am Markt bestehen bleiben? Werden „wir“ vom Klinikum das Robert-Bosch-Krankenhaus und das Marienhospital fressen oder „die“ uns? Oder wird am Ende die Sana auch noch den Rest fressen? Da gibt es natürlich starke Interessen.

Aber das sind nicht unsere Interessen. Wir wollen, dass alle Patienten in allen Häusern gut versorgt werden, wir wollen, dass alle Beschäftigten in allen Häusern unter ordentlichen Bedingungen arbeiten können, ohne Überlastungsstress und Überstundenschieberei, ohne Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz und ohne schlechtes Gewissen gegenüber den Patientinnen.

Die Sana hat Millionen aus den Häusern des Stuttgarter Klinikums und aus anderen Kliniken herausgeholt. Und zumindest für die Stadt Stuttgart gilt, dass sie buchstäblich im Geld schwimmt, sich ein Großprojekt nach dem anderen vornimmt und dabei bekanntlich nicht wenig Steuergelder in den Sand setzt. Warum kann diese Stadt ihrem Klinikum nicht wenigstens ein paar Millönchen zuschießen? Das wären peanuts für die Stadtkasse.

Mit solchen Fragen sollten wir nicht hinter dem Berg halten. Denn es ist nicht einzusehen, dass Beschäftigte wie Patienten ausbaden sollen, was sie nicht verbockt haben. Auch nicht, wenn es unter der verlockenden Bezeichnung „Qualitätsmanagement“ daherkommt. Das beste Qualitätsmanagement wird es sein, die die Öffentlichkeit mit den wirklichen Verhältnissen in den Kliniken zu konfrontieren und die Beseitigung von Missständen zu fordern. *kbs, aus:Krankenhaus-Info, März 2001*

Keine Einigung beim Überstundenabbau. – *HB, Montag, 5.3.2001.* – L. G. Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, kommentierte die Vorwürfe Schultes und Zwickels, die Arbeitgeber hätten sich nicht auf konkrete Zahlevorgaben festlegen lassen damit, dass es rein rechnerisch einfach sei, die Zahl der Überstunden zu dokumentieren. Die Umwandlung in Arbeitsplätze sei aber schwieriger. Er will, dass sich die Tarifparteien dieses Themas annehmen.

Wieder moderate Tarifabschlüsse? – *HB, Dienstag, 6.3.2001.* – Arbeitgeber und Gewerkschaften legten die Vereinbarungen der 7. Rundes des Bündnis für Arbeit unterschiedlich aus: Schulte (DGB) wies die Darstellung von Arbeitgeberpräsident D. Hundt zurück, in der Bündnisrunde seien die Weichen für eine Fortsetzung der moderaten Tarifpolitik der vergangenen beiden Jahre mit mehrjährigen Lohnabschlüssen gestellt worden. Die Bündnisabspreche, nach der die Tarifparteien der vereinbarten Qualifizierungsoffensive und der staatlich geförderten betrieblichen Altersvorsorge im Rahmen der Tarifrunde 2002 reden wollen, bedeute nicht automatisch niedrigere Lohnabschlüsse, erklärte Schulte. Hundt begrüßte, dass mit der vereinbarten stärkeren Förderung älterer Arbeitnehmer endliche eine Abkehr von den Programmen zur vorzeitigen Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben erreicht worden sei.

IT-Verband drängt auf Reformen an den Unis. – *HB, Mittwoch, 7.3.2001.* – Der Bundesverband Informationswissenschaft, Telekommunikation und neue Medien, Bitkom, drängt seit Jahren auf eine Verkürzung des Informatikstudiums an den Unis, doch noch immer dauere das Studium in Deutschland viel zu lang, jeder zweite Informatik-Student breche ab, sagte der Vizepräsident des Verbandes, J. M. Harms. Sowohl die deutsche als auch die westeuropäische Wirtschaft könnten im Jahr 2003 um 2,5% bis 3% zusätzlich wachsen, wenn es genug Computerspezialisten gäbe.

DIHT kritisiert öffentliche Forschungsförderung. – *HB, Donnerstag, 8.3.2001.* – Der Deutsche Industrie- und Handelstag fordert eine Konzentration der öffentlichen Forschungsförderung. Statt in zahlreichen Nischenprogrammen zu versickern, sollte das Geld lieber in wenige großzügige Programme investiert werden. Insgesamt müsse die Grundlagenforschung stärker gefördert werden.

Presseauswertung: rst

PDS in Hamburg – wohin?

Der Landesverband der PDS in Hamburg steht vor einer folgenreichen politischen Weichenstellung:

Seit dem Juli 2000 ist die studentische Organisation „Liste Links“ durch ein Misstrauensvotum abgewählt und ein neuer Landesvorstand durch eine klare Mehrheit der auf der Versammlung anwesenden Mitglieder beauftragt worden. Die innerparteilichen Schiedsgerichtsverfahren sind zugunsten der Mehrheit des Landesverbandes ausgegangen. Seit dem Herbst ist die Mehrheitskoalition um eine Erneuerung von Politik und Organisation bemüht: Sanierung der Finanzen, Ausstieg aus unseriösen Immobiliengeschäften, Verbesserung der Mitgliederinformation und politische Arbeit in der Stadt mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im September 2001. Eine Koalition von mehreren innerparteilichen Strömungen hat auch ihre Schwächen, aber insgesamt – so die Wertung des neuen Landesvorstandes – überwiegen die positiven Schritte weg von einer sozialistischen Sektenkultur hin zu einer pluralistischen linkssozialistischen Partei. Der bundesweit bekannte Krakeel und die Intoleranz der „Liste Links“ konnten den Prozess der Erneuerung nur verzögern, aber nicht aufhalten. Richtig ist aber auch: selbst der Ausschluss der ehemaligen Landesvorsitzenden Radüge und weiterer Mitglieder der „Liste Links“ von den universitären Wahlen wegen Betruges im Januar 2001 sind leider kein politischer Gau (größt anzunehmender Unfall). Auch wenn es gelungen ist, die „Liste Links“ in den Auseinandersetzungen zu schwächen und es Fortschritte in der Entwicklung der PDS gegeben hat, hat jene dennoch AnhängerInnen und WählerInnen in der Universität und in der PDS.

Die „Liste Links“ kämpfte zudem um die verlorenen Machtpositionen nach Ausschöpfung des innerparteilichen Schiedsgerichtsverfahren vor dem Hamburger Zivilgericht – Streitwert 50 000 DM. Per Gerichtsurteil vom 1.3.2001 wurde durchgesetzt: der von der Mehrheit der PDS-Mitglieder abgewählte Arbeitsausschuss ist wieder im Amt, sobald das Urteil rechtskräftig wird.

Begründung: „Die Wahlen vom 15. Juli 2000, mit denen die Beklagten ... zum neuen Landesarbeitsausschuss ... gewählt worden sind, sind ungültig mit der Folge, dass sich die Kläger weiterhin als Mitglieder des am 18./19. März 2000 gewählten Landesarbeitschusses ... im Amt befinden. Zu der Versammlung vom 15. Juli 2000 in den Räumen Amandastraße 58, ist nicht ordnungsgemäß unter Befolgung der satzungsgemäßen Bestimmungen eingeladen worden, mit der Folge, dass auf jener Versammlung keine wirksamen Beschlüsse gefasst werden konnten.“

Und nun? Der vom Landgericht abgesetzte Landesvorstand wird gegen dieses Urteil mit den gegebenen rechtsstaatlichen Mitteln ankämpfen, soweit freilich die finanziellen und politischen Aspekte diesen Weg vertretbar erscheinen lassen.

Politisch werden wir uns die Rückkehr der „Liste Links“ an die Macht nicht aufzwingen lassen. Bei aller Notwendigkeit, wie in den zurückliegenden Jahren für die politische und parlamentarische Existenz einer linkssozialistischen Partei zu kämpfen, ruft der geschäftsführende Landesvorstand zum Widerstand gegen „Liste Links“ auf. Wir bitten alle Mitglieder und SympathisantInnen: wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, ändert nichts! Resignation läuft auf eine Anerkennung der trostlosen Sektiererei, der bedrückenden Zustände in der Stadt und die politische Ohnmacht der sozialistischen Opposition hinaus.

Wir rufen alle UnterstützerInnen dieser Position – Mitglieder wie SympathisantInnen – zur Teilnahme an der Versammlung am 27.3.2001 auf. Der „Linke Dialog“ und „der Eimsbütteler Kreis“ schlagen vor, dort unsere nächsten Schritte zu beraten und eine Verständigung über die weitere Arbeit der Mehrheit der PDS in Hamburg, über ein Eingreifen in den Wahlkampf zur Bürgerschaft (September 2001) und über die politische Zukunft der PDS im Westen vorzunehmen. *Joachim Bischoff, Lilo Lottermoser, Meinhard Meuche-Mäker, Martin Wittmaack*

Zu einem „2. Mittelgroßen Ratschlag“ im Rahmen der PDS-Programmdebatte

rufen der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf und die Landesvorsitzende der PDS Niedersachsen Dorothée Menzner auf. Ein erstes Treffen hatte am 5. März in Hannover stattgefunden. Die beiden haben ein fünfseitiges Diskussionspapier herausgegeben: „Wir erkennen in dem Geist des Parteitags von Münster die Bereitschaft großer Teile der PDS-Mitgliedschaft, eine solche politische Zerstörung der PDS verhindern zu wollen.“ Das zweite Treffen soll am 31. März von 11 Uhr bis 18 Uhr in Kassel stattfinden. Weitere Informationen: *W. Wolf, PDS im Bundestag, Tel. 030/22771788 Fax 030/22776068 Dorothée Menzner Tel. 0511/4 58 47 29 Fax 0511/9 24 59 11*

Dem PDS-Parteivorstand liegt eine neue **Studie „Zwischen den Wahlen“** vor. Die Studie steht der Öffentlichkeit leider nicht zur Verfügung. Die Studie warnt davor im Westen nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen anzusprechen: „Im Westen steht die PDS vor der Aufgabe, ihre Positionen in allen Gruppen auszubauen, es gibt dafür auch die Potenziale.“

Zusammenstellung: jöd

Am 25. März sind in Baden-Württemberg Landtagswahlen. Zunächst entstand der Eindruck: langweilig wie immer. Die CDU wird das Rennen machen, die FDP bleibt mit in der Regierung, die SPD wird irgendwo um die 30% herumdümpeln und kann dann noch froh sein (Ergebnis letzte Landtagswahl 25%); die Grünen werden ihr Klientel mehr oder weniger mobilisieren können, die PDS tritt mangels Masse nicht an, und die REP, die in den letzten Landtag mit rund 9% kamen – ja, da weiß niemand so genau, ob sie wieder reinkommen und mit welcher Prozentzahl, weil deren Anhängerschaft bei Umfragen schweigt und lügt.

Inzwischen melden diese Umfragen aber Erstaunliches. Eine Mehrheit von knapp 50% der WählerInnen und Wähler soll für einen Regierungswechsel sein; die CDU liegt bei unter 40%, die FDP zwischen 8 und 10%, die SPD bei rund 35%, die Grünen ähnlich wie die FDP zwischen 8 und 10% – und die REP-Wähler könnten so indirekt entscheiden, ob die Regierung Teufel dran bleibt oder ein Regierungswechsel (dann wahrscheinlich eine große Koalition) stattfindet. Kommen die REP nämlich, denen die Umfragen 5% geben, in den Landtag, dann wird es für CDU/FDP nicht mehr für eine Mehrheit reichen, bleiben die REP aber unter 5%, dann wird die CDU dank des Wahlsystems vermutlich mit der FDP weitermachen können. Jeder Wähler hat nur eine Stimme, mit der er zwischen den Kandidaten der verschiedenen Parteien in seinem Wahlkreis entscheiden kann. Die CDU erhielt bei der letzten Wahl mit 69 von 70 (außer Mannheim I) alle Wahlkreismandate, die Rechnung mit Überhangmandaten schafft dann zwar einen Ausgleich, aber eben nicht ganz.

Die Landtagsparteien haben die inhaltliche Auseinandersetzung mit den REPs im Wahlkampf ganz aufgegeben. Vielleicht weil sie den Eindruck haben, die Anhängerschaft der REPs ist sowieso nicht von ihnen ansprechbar (wofür schon einiges spricht, denn zugrunde liegt bei den Rechten eine durch Vernunft und Argumentation kaum zu erschütternde Fremdenfeindlichkeit). Was die bürgerlichen Parteien anbelangt, ist es aber auch die Furcht, über Berührungs punkte mit der REP-Ideologie diskutieren zu müssen, die von den Rechten anschleimend bewusst gesetzt werden.

Eine Aufklärung über die Inhalte der REP-Ideologie und Propaganda ist dennoch nötig, auch wenn sich die unmittelbare Anhängerschaft davon nicht beeindrucken lässt. Wichtig ist das ideologische Umfeld, ob ihre rechten Ideen gesellschaftlichen Anklang finden. Deshalb ist es verdienstvoll, dass der Anti-REP-AK Baden-Württemberg, unterstützt von der PDS und den Antifaschistischen Nachrichten, ein Informationsblatt über die REP für den Landtagswahlkampf erstellt hat. Wir dokumentieren daraus einige Aufsätze.

Was wird mit den REPs, was wollen die REPs?

Im Programm der REPs heisst es schlicht: „Wir meinen, dass die Familie als Keimzelle des deutschen Volkes bezeichnet werden kann.“ Diese Formulierung macht deutlich worum es geht: nicht um Kinderfreundlichkeit, nicht um sozialen Schutz der Familie, nicht um die Familie allgemein, sondern um die Keimzelle des deutschen Volkes. Schon die Nationalsozialisten benutzten diese Formulierung zur Installation ihrer Volksgemeinschaft.

Erziehungs„gehalt“ mit reaktionärer Zielsetzung

„Auf die besondere Familiensituation der deutschen Bevölkerung“ soll das neue Republikaner-Modell eines Erziehungsgehaltes zugeschnitten sein.

Das Besondere (oder eigentlich nicht besonders, weil schon fast nicht mehr anders von den Republikanern zu erwarten): es wird, mehr oder weniger verdeckt, vorgeschlagen, dass nur deutsche Familien finanziert werden sollen. Platte Parolen, wie: Ausländer haben hier nichts zu suchen, liegen uns Deutschen nur auf der Tasche usw., greifen eben immer noch oder immer wieder recht gut bei dem Teil der Bevölkerung, bei dem die Republikaner auf Stimmenfang gehen. So direkt wollen die Republikaner das aber nicht sagen, von wegen offenem Rechtsradikalismus und Feindschaft zum Grundgesetz. Also wird differenziert nach dem nützlichen und unnützlichen Ausländer, erkennbar daran, ob er hier Steuern usw. zahlt oder nicht. Es soll ein Teil der ausländischen Bevölkerung ausgegrenzt werden, damit die Sache ideoologisch stimmt und zudem Tür und Tor für weitere Einschnitte offen sind:

„Um einen Anreiz für weitere Zuwanderung zu vermeiden, sollen diese Leistungen nur für in Deutschland geborene Kinder an Eltern mit deutscher bzw. EU-Staatsangehörigkeit oder an solche Eltern gezahlt werden, deren dauerhafter Lebensmittelpunkt mit gesicherter Aufenthaltsberechtigung in Deutschland liegt und die bereits 60 Monate Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt haben.“ (1)

Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung würde damit in das absolute Elend gestoßen, vor allem wenn die Finanzierung bedacht wird, es sollen näm-



2000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 26. Januar in Tübingen gegen rechts.

lich Kindergeld und Sozialhilfe wegfallen, um das Familiengeld zu finanzieren!

Zudem zielt die gewünschte „Wende in der Familienpolitik“ (1) gegen die Vorschläge ab, die zur Existenzsicherung des Kindes führen, und z.B. durch ein hohes Kindergeld zur Unabhängigkeit der Kinder beitragen. Mit der „Entlohnung“ der Eltern für die Erziehungs„arbeit“ schwiebt den Republikanern hingegen die patriarchalische Familienstruktur vor, die mit Abhängigkeiten in der Familie das beginnt, was auf Staatsebene dann enden soll mit dem unmündigen Bürger, der das Gehorchen von Kind an gelernt hat.

Aus diesem Grund sind auch andere Lebensformen von den Republikanern nicht erwünscht. „Zum Schutze der deutschen Familie“ beantragen sie im Januar 2000 die Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, um die Erweiterung folgenden Satzes: „Der Staat fördert in besonderem Maße Familien mit Kindern.“

Aus der Begründung: „In Deutschland findet gegenwärtig eine Erosion der Familie, der Keimzelle jeglicher Gemeinschaft statt, und zwar sowohl tatsächlich, was sich an der rasanten Zunahme von sog. Single-Haushalten zeigt, als auch rechtlich, da es zunehmende Tendenzen gibt, die Familie zu entwerten beispielsweise durch die Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen usw. ... In Erweiterung des Familienschutzes aus Artikel 6 GG soll der neue Artikel der Landesverfassung klarstellen, dass unter Familie

der traditionelle Begriff aus Vater, Mutter und Kindern zu verstehen ist. Damit soll auch eine Negativabgrenzung gegenüber so genannter neuen Lebensformen geschaffen werden. Der Artikel begründet eine Handlungspflicht in Richtung Familienförderung.“ (2)

Und auch hier wieder: Es geht ausschließlich um die deutsche Familie, andere sollen keine Existenzberechtigung haben. Damit gehören die Republikaner zu denen, die Hass und Gewalt schüren.

Hier soll nicht gegen eine Familienförderung gesprochen werden, sie ist für alle Familien notwendig, auch nicht gegen die klassische Familienform. Aber zu einer humanen Vorstellung von dem Nacheinander der Generationen gehörten nicht nur die Ablehnung von Nationalismus und Deutschtümelei, sondern auch die Respektierung und die Förderung der Unabhängigkeit der einzelnen Familienmitglieder. Jeder soll eigene Lebensziele verwirklichen können, sei es nun die Berufstätigkeit der Mutter oder die Ausbildung, die sich das Kind wünscht. Zu diesem Gedanken der freien Entfaltung gehört dann ebenso die Toleranz gegenüber anderen Lebensformen und deren Förderung.

Der sozialpolitische Sprecher der Republikaner, Krisch, ist bei der Finanzierung des „Familiengeldes“ zumindest Ende letzten Jahres noch recht großzügig: Das Erziehungsgehalt sah in der ersten Phase (Kleinkindalter) einen monatlichen Betrag in Höhe von 2000 DM für das erste und 1000 DM für jedes weitere Kind vor. Ab Phase 2, Kinder von 3 bis 7 Jahren, sollte ein Erziehungsgutschein in Höhe von 600 DM hinzukommen, der auf die Geldleistung angerechnet sein sollte.

Das Antifaschistische Nachrichten Extra ist beim Abgeordnetenbüro Winfried Wolf, Morserstr. 24, 70182 Stuttgart, Tel.: 0711-2368095, Fax: 0711-232268, wolf@wk.bundestag.de erhältlich.

In der zweiten Stufe, Erziehungsgehalt II (8 bis 17 Jahre), wäre dann der Gutschein wieder weggefallen, die Eltern sollten 1400 DM monatlich für schulpflichtige Kinder und 600 für jedes weitere Kind auf die Hand bekommen. Ab 18 Jahren sollten immer noch 1400 DM monatlich ausbezahlt werden.

Dies war der erste veröffentlichte Entwurf, er wurde am Anfang dieses Jahres allerdings wie folgt korrigiert:

Die erste Phase monatlichen Familiengeldes von 1000 DM für 0- bis 7-jährige Kinder, die zweite Phase 600 DM für 8- bis 18-jährige Kinder und in der dritten Phase ab 18 Jahren soll nun „die neu zu gestaltende Ausbildungsförderung an die Stelle des Kindergeldes“ treten.

Damit das Konzept auch greift (mehr deutsche Kinder braucht das Land), sollen weitere Fördermaßnahmen hinzukommen. Für das Erziehungsgehalt II stellt Krisch deshalb noch dar: „Erwähnenswert ist, diesen Betrag auf eine gestaffelte Rente zu bauen, die sich an der Anzahl der Kinder orientiert, so dass z.B. der volle Betrag erst ab zwei oder mehr Kindern zur Verfügung steht. Die Bezüge werden, im Gegensatz zu Erziehungsgehalt I, einkommensabhängig berechnet, da der jeweilige Elternteil nach Ende der primären Erziehungsphase oftmals lieber in das Berufsleben zurückkehrt.“ (3)

Familie als Keimzelle der „Verantwortungsgemeinschaft“

Auf dem Papier wurde bisher auch bei den Republikanern die Gleichberechtigung der Frau hochgehalten. Im Augsburger Programm von 1993 heißt es dazu: „In Familie und Gesellschaft sind Frau und Mann gleichberechtigt. Das Recht auf Selbstverwirklichung steht Frau und Mann gleichermaßen zu; das gilt insbesondere im beruflichen Leben. Als Eltern haben sie die gemeinsame Pflicht zur Sorge und Versorgung der Kinder.“

In der neuesten Programmatik der Republikaner (die im Internet auf der Seite www.rep-bw.de/bw.htm abgedruckt ist; ein Landtagswahlprogramm soll laut Pressemitteilung der Fraktion vom 10.1.2001 in „den nächsten Wochen“ veröffentlicht werden) befindet sich kein spezieller Frauenabschnitt mehr, was bedeuten kann, dass die Gleichberechtigung der Frau nicht mehr so wichtig für die Republikaner ist. Vielleicht geht sie den Republikanern auch schon zu weit, denn im Januar 2000 beantragten sie im Landtag eine Stellungnahme des Sozialministeriums zu: „Weibliche Gewalt gegen Männer innerhalb von Partnerbeziehungen“. In diesem Antrag stellen sie auch besorgt die Frage: „Bei welchen amtlichen Stellen oder privaten Einrichtungen im Lande Männer, die von ihren Frauen oder Partnerinnen misshandelt werden, Hilfe finden können“ und „ob, ggf. wie viele öffentliche Zufluchtmöglichkeiten für misshandelte Männer im



Demonstration von 1100 Schülern in Karlsruhe am 29. Januar unter dem Motto: „Wir schauen hin. Keine Chance für rechts“. Die Junge Union polemisierte wegen der Wortwahl „gegen rechts“.

Lande vorhanden sind“ (5).

Dagegen kann leicht etwas unternommen werden, haben sich die Republikaner vielleicht gedacht, wie ihr Leitantrag „zum Schutz und zur Förderung der deutschen Familie“ zeigt (8.5.1999, Horb). Man sperre alle Großfamilienmitglieder unter ein Dach, dann ist schon klar, wie die Rollenverteilung zu laufen hat: „Die Delegierten des Landesparteitages der Republikaner fordern den besonderen Schutz und die aktive Förderung der deutschen Familie mit Kindern. In ihrer traditionellen, christlich-abendländisch geprägten Form muss sie der Kern einer deutschen Verantwortungsgemeinschaft sein und bleiben ... Deshalb fordern wir Republikaner eine neue Familienpolitik als Bollwerk gegen die linksliberalen Zersplitterungstendenzen und Auflösungsbestrebungen in unserer Gesellschaft. Die Position der deutschen Familie mit Kindern muss, gegenüber anderen Lebensgemeinschaften, eindeutig hervorgehoben werden ... Darüber hinaus muss der gesetzliche Familienbegriff dergestalt erweitert werden, dass als Familie anzusehen ist, wenn Kinder, Enkelkinder, Eltern und Großeltern und sonstige Verwandte einer ständigen Wohn- und Lebensgemeinschaft angehören.“ (4)

So schließt sich der Kreis: Die Frau sorgt für Kinder und alte und kranke Familienmitglieder, wird dafür entlohnt, dafür können alle Sozialleistungen ersatzlos gestrichen werden.

Diese Familie braucht keine Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, kein Wohn- und Kindergeld mehr. Die anderen, die sich nicht diesem neuen/alten „deutschen“ Familienbild unterwerfen wollen und können, die müssen eben sehen, wo sie bleiben.

Und dies ist ja auch der Finanzierungsvorschlag für das Familiengeld.

Der größte Batzen soll über die Streichung der Sozialleistungen laufen, der

kleinere durch steuerliche Mehrbelastung von Menschen ohne Kinder, zusätzlich noch einen „Zukunftssoli“ als Fortsetzung des Solidaritätszuschlages. Und die Republikaner wären nicht die Republikaner, wenn nicht noch die „Reduktion der EU-Beiträge oder die Verminderung der Leistungen an Asylbewerber und nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger verbunden mit der drastischen Beschleunigung des Asylverfahrens und Abschiebepraxis“ anstünde, denn so stimmt die Welt nach Republikaner-Art !

Zitate: (1) Pressemitteilung der Republikaner im Landtag, Nr. 3/01, 10.1.01 (2) Landtag von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/4795, Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (3) Mitteilung NR. 172/00 – Die Republikaner im Landtag, Republikaner fordern Einführung eines Familiengeldes (4) Leitantrag des Landesvorstandes zum Schutz und zur Förderung der deutschen Familie, Eingebracht von Egon Eigenthaler MdL zum Landesparteitag am 8. Mai 1999 in Horb (5) Landtag von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/4826, Antrag und Stellungnahme des Sozialministeriums zur Weiblichen Gewalt gegen Männer innerhalb von Partnerbeziehungen

Keine Rassisten in den Landtag !!

Seit 10 Jahren sitzen die REPublikaner im Stuttgarter Landtag, derzeit mit 14 Abgeordneten (Frauenanteil 0%). Sie vertreten dort nicht die Interessen der „kleinen Leute“. Mit sozialer Sicherheit hat ihre Politik nichts zu tun. Ihre Anträge und Anfragen schüren ausschließlich Vorurteile gegen ausländische MitbürgerInnen und EinwanderInnen. Schliener, Käs und Fraktion verharmlosen die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Entschädigung der wenigen noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und

Zwangsarbeiter nehmen sie zum Anlaß für eine Kampagne mit antisemitischen Untertönen. Sie fordern der Verschärfung der Ausländergesetze. Obwohl kaum noch Menschen nach Deutschland flüchten, fordern sie eine weitere Verschärfung der Asylpraxis.

Faschisten in Nadelstreifen

Mit scharfen Worten distanzieren sich die REPublikaner von der NPD. Zwischen den beiden Parteien gäbe es keine Gemeinsamkeiten, sagte Schlierer auf dem Landesparteitag in Winnenden im November letzten Jahres. Mit Gewalt auf der Straße wollen die Saubermänner im Landtag nichts zu tun haben – wohl aber mit gewaltförmiger Politik des Staates gegen Ausländer und Immigranten. Was Schlierer verschweigt: maßgebliche Funktionäre seiner Partei und eine Reihe von Publizisten der Rechten fordern ein Zusammengehen von NPD, DVU und REPs. Alfred Mechtersheimer, ehemals grüner MdB, heute Vordenker der Rechten, kooperiert sowohl mit der national-revolutionären wie der nationalkonservativen Richtung. Es gibt zahlreiche Kontakte und Absprachen zwischen REP, DVU und NPD. Er hält Vorträge bei beiden Parteien. Schlierer plädiert für eine „seriöse patriotische Opposition“. Ihm ist der Nadelstreifenanzug näher als Bomberjacke und Springerstiefel. In einem wichtigen programmatischen Punkt sind REPublikaner und NPD jedoch deckungsgleich: die deutsche Nation steht über allem. Die Zugehörigkeit zum Deutschtum, deutsche Abstammung und deutsche Leitkultur sind für sie die wichtigsten Güter. Alle anderen Fragen sind dem untergeordnet. Nicht der Mensch, sondern die Abstammung ist für REPs und NPD das entscheidende Kriterium für Politik.

Keine Demokratie ohne Nation!

Die REPublikaner geben sich demokatisch. Aber unter Demokratie verstehen sie deutsche Volksgemeinschaft – das ist Ausschluß von, nicht Teilhabe an der politischen Macht. Zitat aus dem Programm: „Ohne die Nation als politisch verfasstes Staatsvolk kann es keine Volksherrschaft, keine Demokratie geben.“ ... „Für uns bleibt der logische Zusammenhang zwischen Staatsvolk, Nation, und Staat bestehen“ (Rolf Schlierer am 18.11.2000 in Winnenden). Diese Logik ist nur mit Gewalt zu haben, mit Ausgrenzung gegen ausländische Mitbürgerinnen, gegen deutsche Staatsbürger dunkler Hautfarbe, gegen Flüchtlinge. Die angeblich notwendige Übereinstimmung von Volk, Nation und Staat diente schon Hitler zur Rechtfertigung von Rassegesetzen und zum Mord an den europäischen Juden. Ein Staat, in dem gesellschaftliche Konflikte und Interessensgegensätze ausgetragen werden, ist im REP-Programm unerwünscht. Staat und

Nation definieren die REP als „Ordnungsprinzip“. Das ist das eigentlich Antidemokratische bei Schlierer und Fraktion.

Volksgemeinschaft contra Solidarität

„Solidarität gibt es nicht als Weltprinzip. Solidarisches handeln setzt einen Bezugsrahmen voraus, innerhalb dessen der Einzelne eine solidarische Verantwortung akzeptiert. Dies wird auch in Zukunft im maximalen Falle die Nation sein.“ Nach dieser These ist Solidarität nur im Zusammenhang mit Nation und Volksgemeinschaft zu haben. Solidarität über Ländergrenzen hinweg können sich Nationalisten letztendlich nicht vorstellen. Schon die Solidarität mit Nationalisten anderer Länder bringt so Schwierigkeiten: Schlierer streitet mit Le Pen um Elsass-Lothringen. Auch Ansprüche der REPs auf Südtirol oder das Sudetenland führen nicht unbedingt zu Jubelstürmen bei italienischen oder tschechischen Nationalisten. Ein neuer europäischer Nationalismus wird bei den Rechten zwar immer wieder vorgedacht. Was hinten raus kommt ist und bleibt braune Soße. Wenn es Solidarität als Weltprinzip nicht geben kann, so schließen die Rechten, muß sie auf den Nationalstaat beschränkt sein. Nationale Solidarität schließt jedoch immer die aus, die innerhalb einer Nation unterschiedliche Interessen vertreten wollen, z.B. die Gewerkschaften.

„Der demokratische Sozialstaat kann nur national gedacht werden, da Solida-

rität über alle Grenzen hinweg ihren Sinn und ihre Akzeptanz verliert.“ (REP Programm)

Solidarität gibt es für die Rechten nur innerhalb eines sogenannten Volkskörpers. Aber dort wird sie zum Zwang. Das Sozialstaatsprinzip der REPs beschränkt sich auf Unsoziales. Der Staat soll zwar stärker werden, aber nicht sozialer. Ihre Forderungen: weniger Steuern für die Reichen, mehr Kontrolle für Sozialhilfeberechtigte. Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung soll wieder Gültigkeit erhalten. Was heißt das? Wer nicht zur Elite zählt, soll sich mit Krümeln begnügen. Die gesetzliche Krankenversicherung soll nach dem Wunsch der REPs gestutzt werden. Alt, krank oder behindert und dazu ohne deutsche Herkunft? Pech gehabt! Solidarität bei den REPs heißt Ausgrenzung und Unterdrückung anderer.

Rechts wählen ist kein Protest!

Glauben Sie, daß Sie mehr Geld in der Tasche haben, wenn Ausländer rausfliegen?

Glauben Sie, daß neue Arbeitsplätze entstehen, wenn deutsches Geld nur für deutsche Arbeitsplätze fließt?

Rechts wählen heißt, sich für soziale Spaltung einzusetzen und die Hetze gegen Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Paß zu unterstützen. Rechts wählen ist kein Protest. Rechts wählen bedeutet, Ausgrenzung und Ungleichheit in der Gesellschaft auf gefährliche Weise zu zementieren.

•

Sozialprogramm der REP

Sozialleistungen nur für deutsche „Leistungsträger“

Das ist nicht neu: Eine homogene Bevölkerung – im Klartext heißt das „Ausländer raus“ – sehen die REPs auf allen Ebenen als substanzielle Lösung aller Probleme an, also auch im sozialen Bereich.

• So ist beispielsweise ihre jüngste Forderung im Vorfeld der Landtagswahlen

nach einem gestaffelten Familiengeld an die Bedingung geknüpft, dass dies nur an Eltern in Deutschland geborene Kinder mit deutscher bzw. EU-Staatsangehörigkeit oder an solche Eltern gezahlt werden soll, deren dauerhafter Lebensmittelpunkt mit gesicherter Aufenthaltsberechtigung in Deutschland liegt und die bereits 60 Monate Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt haben.

• Zusätzliche soziale Leistungen, Wohngeld, Jugendhilfe und andere Fürsorgeleistungen wollen sie künftig ausschließlich hilfebedürftigen Deutschen und EU-Bürgern



zugute kommen lassen.

Ihre Wählerschaft und Zielgruppe wird das zwar sicherlich überzeugen, doch sollten diese das Programm der Reps besser einmal genauer anschauen. Denn die Reps teilen die Menschen – unabhängig vom Pass – als „Leistungsträger“ und „Leistungsempfänger“ ein und bewerten sie danach.

• Wenn sie wirksame Vorkehrungen gegenüber dem „Mißbrauch“ von Sozialleistungen ankündigen und dabei gleichzeitig versprechen den „wirklich sozial Bedürftigen“ besser zu helfen, suggerieren sie gleichzeitig, die meisten Sozialhilfeempfänger würden ohnehin die Hilfe zu Unrecht erhalten, und es ist eine logische Konsequenz, dass sie sich die Bestimmung, wer zu der Gruppe der „wirklich sozial Bedürftigen“ gehören soll, in der Praxis selbst vorbehalten und den Kriterien einen noch engeren Rahmen geben würden. Und da würden sie auch die Inhaber deutscher Pässe sehr genau unter die Lupe nehmen.

• Mit ihrer Forderung, Lohnempfänger auch der unteren Lohngruppen, die keinen Sozialleistungsanspruch haben, immer deutlich besser zu stellen als vergleichbare Sozialhilfeempfänger spielen sie diese Menschen gegeneinander aus nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Man kann sich denken, dass die Verwirklichung dieser Forderung in weiteren Kürzungen der Sozialleistungen bestehen würde, und nicht in einer Erhöhung der Löhne.

• Die Sperrzeitenverordnung im Hinblick auf Arbeitslosengeldbezug wollen die Reps „neu gestalten“, da es nach ihrem „Arbeitsethos“ keine von vorn herein unzumutbare Arbeit geben könne: Also: Zwangsmaßnahmen für Arbeitslose.

• Ausbildungsziele, -gänge, Lehrpläne und Qualifikationserfordernisse der Sozialberufe sollen laut Rep kritisch auf die Effizienz ihrer Aufgabenerfüllung hin überprüft werden. Dahinter steckt die Absicht, Sozialberufe abzukomplizieren und Leistungen weiter abzubauen.

• Solidarität könne es nicht mit allen und jedem geben, behaupten die Reps, Solidarität über alle Grenzen hinweg verlöre ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz. Nur eine homogene Bevölkerung sei in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen. Nach ihrer Vorstellung ist in dem Moment alles paletti, wenn die Deutschen wieder „unter sich“ sind. In dem Moment würde sich schlagartig Solidarität in der neuen „homogenen Bevölkerung“ einstellen.

Wieso soll eine Gesellschaft in dem Moment, wo die Menschen vermeintlich „wieder unter ihresgleichen“ sind, nur aufgrund ihrer gemeinsamen Staatsangehörigkeit, die sowieso zufällig ist, ein solidarisches Verhalten aufweisen, als eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher „nationaler“ Herkunft zusammen leben? Die Solidarität, die den Reps da vorschwebt, hat eine zwanghafte Komponente – Solidarität als Oktroy!

www.kommunales.org – Archiv für linke Kommunalpolitik

Der für Anbieter und Publikum einfache Zugang täuscht leicht über Schwierigkeiten der Handhabung des Internet, die auch bei so schlichten Zielsetzungen wie dem politischen Nachrichten- und Meinungsaustausch auftreten.

Was unterscheidet einen Internetauftritt von einer Zeitschrift?

Eine Zeitschrift erscheint periodisch. Der Willensbildungsprozess der Redaktion (gemeint sind alle an der Hervorbringung des Werkes Beteiligten) strebt auf den Zeitpunkt der Drucklegung zu, durch die er eine feste Form findet, mit der ein breites Publikum konfrontiert wird.

Der Internetauftritt kann ununterbrochen angepasst werden. Kein Leser kann sich sicher sein, dass er den Auftritt in der selben Form vorfindet wie ein anderer oder wie er selbst beim letzten Besuch.

Aus dieser technischen Möglichkeit entsteht beim Publikum eine Aktualitätserwartung, die bei den Anbietern einen ungeheuren Aktualitätsdruck erzeugt. Anders als bei einem Radio- oder Fernsehprogramm, das dem Publikum Zeitvorgaben macht, stehen die Text-, Bild- und Tondokumente eines Internetauftritts aber auf Abruf zum „Herunterladen“ da. Aber für wie lange?

Die Redaktion einer Zeitschrift schöpft aus dem Strom der Nachrichten und den Kenntnissen ihrer Mitarbeiter ein Produkt, das das vermutete Informationsinteresse ihres Publikums zufrieden stellen soll.

Ein Streifzug durch die politischen Internetauftritt stützt die Ansicht, dass die meisten Auftritte weniger den aufs Publikum gerichtete Willensbildungsprozess einer Redaktion ausdrücken, sondern den Willensbildungsprozess bzw. das Angebot von Institutionen dokumentieren, seien es Parlamente, Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Geschäfte.

Das heißt: Der Auftritt wird nicht durch das Informationsbedürfnis der Leserschaft zusammengehalten, das eine Redaktionen (besser oder schlechter) erahnt und fachgerecht befriedigt, sondern durch das Publizitätsbedürfnis einer Institution und daraus folgend durch das Interesse des Publikums am gesamten Wirken dieser Institution.

Bei Internetauftritt geht es um Selbstdarstellung, Sympathiewerbung u.ä.; wie sonst in der Werbung auch ergibt sich daraus der Zwang, die Aufmerksamkeit des nur beiläufig interessierten Betrachters auf sich zu ziehen und festzuhalten. Und so läuft und blinkt und flimmert es in den Angeboten, bis die Augen weh tun.

Anderseits lässt sich auch beobachten, dass große Institutionen mit ihren Angeboten einen Ausschnitt ihrer Archive für

Nationalistische Leihkultur à la REP

**Man denkt zuerst an
Senf; der Anhängerschaft der REPs ist's
aber vermutlich
wurscht, ob die Partei
auf den Plakaten eher
bieder oder irgendwie
modernisiert ausschaut.
Das neue Design soll
der hier vor himmel-
blauem Hintergrund als
Familienmensch posierende REP-Chef Schlierer bei seinem Vor-
bild Jörg Haider abgeschaut haben; jedenfalls hat der dafür
engagierte Werbemensch schon für die österreichische Rechts-FPÖ
Plakate gemacht. Das Motto: Hauptsache, man kommt ins Ge-
spräch, und sei's auch nur darüber, dass zwar Schlierer & Gattin
auf dem Foto echt sind, die abgebildeten Kinder aber – weil's kei-
ne eigenen gibt – aus der Verwandtschaft geborgt.**





ein breites Publikum offen legen. Eine sehr nützliche Sache. Allerdings bemerkt man auch hier, dass Informationen – wie in einem Schaukasten oder einer Ausstellung – gebracht und wieder aus dem Verkehr gezogen werden (oder auch in der schieren Masse untergehen). So fällt es – aus der Sicht des Nutzers – schwer, Entwicklungen zu verfolgen.

Hier setzt die Konzeption von www.kommunales.org an. Das Archiv will Arbeitsunterlagen und Arbeitsergebnisse von Leuten, die in linken lokalen Publikationen oder in der kommunalen Selbstverwaltung aktiv sind, zugänglich machen und halten.

Die Konzeption des Archivs und seine Struktur wird auf den Eingangsseiten jeweils ausgewiesen, diese Texte werden im folgenden dokumentiert.

Konzept kommunales.org ...

... ist ein Archiv für linke Kommunalpolitik, das der Verbindung von Politik in den Räten mit Initiativen und Aktionen im gesellschaftlichen Raum dient und Hintergrundmaterial aus den laufenden Fach- und Strategiediskussionen für die breitere Diskussion erschließen will.

Trägerkreis und Redaktion verstehen sich als offener Arbeitszusammenhang kommunalpolitisch engagierter Linker, die Unterlagen bzw. Ergebnisse ihrer Arbeit in einem öffentlich zugänglichen Archiv sammeln, das wöchentlich aktualisiert wird.

Mit dem Aufbau dieses Archivs wurde im Januar 2001 begonnen. Die vorläufige Konzeption wurde am Rande der „Linken Schule“ besprochen, die von „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, ArGe in und bei der PDS“ halbjährlich veranstaltet wird.

Anlässlich der nächsten „Linken Schule“, die vom 2. bis 5. August 2001 in Sondershausen, Thüringen, stattfindet, werden Träger und Redaktion sich neuerlich treffen, um die Erfahrungen auszuwerten.

kommunales.org basiert auf der Unterstützung durch feste Korrespondentinnen und Korrespondenten. Die Redaktion ist unter E-Mail redaktion@kommunales.org erreichbar. Die Plattform wird wöchentlich donnerstags aktualisiert.

Das Archiv ist nach folgenden Bereichen unterteilt: a- Aktionen und Initiativen, e- Einladungen und Termine, k- Kommunale Nachrichten, l- Links, q- Quellen, r- Aus der Arbeit linker Räte, s- Volltextsuche, t- Themen in der Diskussion, z- Konzept und Trägerkreis. Kon-

zeptbeschreibungen für diese Bereiche siehe dort.

kommunales.org wird von kommunalpolitisch engagierten Linken v.a. aus der alten BRD getragen. Trägerkreis: (Stand 3.1.2001). Jörg Detjen, Gabi Giesecke, Torsten Jannoff. Redaktion: Martin Fochler.

Konzept Suche

Verwendet wird die von dem Programm Frontpage 2000 gelieferte Suchfunktion, die das ganze Archiv umfasst.

Konzept Aktionen und Initiativen

In diesem Bereich werden Meldungen archiviert, die zeigen, womit sich linke Initiativen und Aktionen beschäftigten.

Die Kurzmeldungen sind in der Regel weniger als 1500 Zeichen lang. Sie beginnen mit der Bereichskennung a, dem Datum, zu dem sie aufgenommen wurden, dem Ort und der Überschrift.

Die Meldungen kommen durch die Auswertung linker lokaler Publikationen (s.a. Quellen) und des Internets zusammen, die die Redaktion der „Politischen Berichte – Zeitschrift für sozialistische Politik“ 14-täglich vornimmt.

Konzept Kommunale Kurznachrichten

In diesem Bereich werden Nachrichten aus laufenden kommunalpolitischen Diskussionen archiviert.

Die Nachrichten sind in der Regel weniger als 1000 Zeichen lang. Sie beginnen mit der Bereichskennung k, dem Datum, zu dem sie aufgenommen wurden, dem Ort und dem Stichwort.

Die Meldungen kommen durch die Auswertung div. Zeitschriften (siehe auch „Quellen“ und „Links“) und des Internets zu Stande, die die Redaktion der „Politischen Berichte – Zeitschrift für sozialistische Politik“ 14-täglich vornimmt.

Konzept Themen in der Diskussion

1. Ein Thema richten wir ein,
– wenn die Ausgestaltung einer Institution umkämpft ist
– wenn Initiativen und Aktionen in diesem Kampf auftreten
– wenn die kommunale Politik damit zu tun hat.

2. Das Inhaltsverzeichnis zu dem Thema muss eine Umschreibung des Gegenstandes enthalten, die, wenn sich die Sache entwickelt, auch geändert, erweitert usw. werden kann.

3. Die Objekte müssen nach Zeit und Ort lokalisierbar sein, im Inhaltsverzeichnis wird zunächst nach dem Ort und innerhalb der Orte nach Zeitverlauf gruppiert. Bei kleinen Orten muss das Bundesland bezeichnet werden.

Unter den Themen werden Dokumente aus der kommunalen Politik für Interessierte erschlossen. Die Objekte unterliegen keiner Längenbegrenzung. (Achtung: Keine Bilder, Grafiken nur wenn unerlässlich).

Dokumentenstruktur: Bereichskenn-

nung (t), Datum (Jahr-Monat-Tag), Ort (ggfls. Land) oder Institution, Überschrift, kurze Inhaltsangabe und die Länge in Anschlägen. E-Mail-Adresse der einreichenden Person.

Themen (Stand 13.3.2001): Antirassismus, Ehrenamt, Flucht und Migration, Kommunalwahlen, Kindererziehung, Nahrungsmittel, Sozialhilfe, Zwangarbeit

Konzept Rot-Grün-Rotes aus den Räten

Der Bereich ist nach Orten untergliedert. Archiviert werden Initiativen, die auf Änderungen in den kommunalen Angelegenheiten zielen und beispielhaft interessant sein könnten.

Die Meldungen kommen durch Einsendung von festen Korrespondenten zu Stande, die per E-Mail erreichbar sind und die sich bemühen, über das Ergebnis der Initiative zu berichten.

Klick auf den Ort führt zu einem Inhaltsverzeichnis, in dem die vorhandenen Dokumente mit einer knappen Inhaltsangabe in der Reihenfolge des Datums (absteigend) angeordnet sind.

Konzept Einladungen und Termine

In diesen Bereich aufgenommen werden Termine, auf die Korrespondentinnen und Korrespondenten aufmerksam machen wollen.

Konzept Quellen

Linke Blätter:

In diesem Bereich werden die Anschriften, Bezugsbedingungen, Werbetexte der linken Zeitschriften, die für dieses Archiv regelmäßig ausgewertet werden, veröffentlicht.

Klick auf Linke Blätter im Verzeichnis führt zu einer Liste der von der Redaktion dieses Archivs zur Kennzeichnung der Quellen verwendeten Kürzel und den vollen Namen der Quelle. (Bereichskennung qb, dann das Kürzel, dann der Name, dann der Erscheinungsort). Die Redaktionen / Herausgeber dieser Zeitschriften können Info- und Werbetexte für ihr Projekt zur Veröffentlichung einsenden.

Rezensionen:

In diesem Bereich werden Lektürehinweise auf und Rezensionen von Einzelveröffentlichungen (v.a. Bücher, Broschüren, Fachaufsätze) aufgenommen. Klick auf Rezensionen führt zu einer Liste der Rezensionen. (Bereichskennung qr, Datum der Rezension, Titel der Publikation, Datum der Publikation), auf Klick folgt der Rezensionstext.

Konzept Links

In diesem Bericht finden sich Links, die bei der Erarbeitung unserer Archivs häufig herangezogen werden.

Zur Zeit geführte Bereiche: Ratsfraktionen; Nachrichtenseiten, Aktionen und Initiativen; Fachpresse; Institutionen, Parteien

Einsendungen an redaktion@kommunales.org sind willkommen.

16.-18. März, Berlin: Gewerkschaftstag der ÖTV

18.-21. März, Berlin: Gründungskongress ver.di

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

23./24. März, Berlin: 1. Europäischer Friedenskonvent. Siehe ausführlich Seite 12

24. März, Kassel: Mitgliederversammlung des BdWi, Uni/Gesamthochschule Kassel. Kontakt: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Postfach 543, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel.: 06421/21395, Fax: 06421/24654, E-Mail: bdwi@bdwi.org, Internet: www.bdwi.org

24./25. März, Berlin: Globale Dimensionen sozialistischer Programmatik. Wissenschaftlich-politische Konferenz des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, der Geschichtskommission der DKP und der Redaktion der „jungen Welt“, u.a. mit Bruno Mahlow, Helmut Peters, Achim Wahl. Berlin, KulturGut, Alt-Marzahn 23. Kontakt: Prof. Dr. sc. Hans-Joachim Krusch, Else-Jahn-Str. 2, 13088 Berlin, Tel. 030/9263334

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

29. März/1. April: Sozialer Fortschritt und Sozialismus. Elgersburg/Thüringen, Hotel am Wald, internationale wissenschaftliche Konferenz über die Perspektiven des Sozialismus und der sozialistischen Bewegung, u.a. mit Theodor Bergmann, Mario Keßler, Harald Neubert, Wladislaw Hedeler. Anmeldung/Infos: Vorbereitungskomitee Internationale Wissenschaftliche Konferenz Sozialistischer Ausblick, c/o Wolfgang Haible, Rotenbergstr. 70,

70190 Stuttgart, Tel. 0711/282517, Fax: 0711/2028263, e-mail: wohai@z.zgs.de

7./8. April, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. s.u.

11. April, Berlin: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: www.kritischaektionaere.de

14. bis 16. April, bundesweit: Ostermarsch-Demonstrationen und andere Aktionen

26. April, Ludwigshafen: Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverschmutzung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com . Internet: <http://www.kritischaektionaere.de>

Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Jahrstagung am Samstag/Sonntag, 7./8. April 2001

DGB Jugend-Bildungs-Stätte Fulda
Magdeburger Straße 69, 36037 Fulda

Beginn Samstag 10.15 Uhr, Ende Sonntag 12 Uhr

Wesentliche laufende Aktivitäten des Forums sind die Unterstützung der Politischen Berichte und der Linken Sommer- bzw. Winterschule. Die Tagung wird gemeinsam mit dem Arbeitskreis Politische Berichte und mit Blick auf die Vorbereitung der Linken Schule gestaltet.

Ablauf:

1. Allgemeine Aussprache, Einleitender Vortrag zum Thema: „Sozialistische Reformpolitik, Parteiwesen in der BRD und Kampf um die Öffentliche Meinung.“
2. Wahl des Präsidiums, Arbeitsausschuss etc,

12 Uhr: Mittagspause

Arbeitsgruppen:

- A) EU-Osterweiterung – Konsequenzen für die Beitrittsländer; qualitative Veränderungen des europäischen Wirtschaftsraumes; Ziele der BRD im Erweiterungsprozess. Und welche Aufgaben stellen sich der Linken? Einleitender Vortrag: Christiane Schneider
- B) Standort und Raumordnung, klassische und moderne Theorien und Ansätze zur Kritik. Dabei: Bericht über Schullungserfahrungen, Vortrag: Jörg Detjen: Die „Mitte gewinnen“, Bericht über eine Diskussion im Rat der Stadt Köln. Antrag auf Förderung einer Textesammlung
- C) Themen in der Theoriediskussion:
Der Imperialismus als höchstes Stadium...? oder bereits schon lange verfault und tot? Ja in welcher Gesellschaft leben wird denn? Gelingt dem Kapitalismus die Produktiv-

kraftentwicklung durch die biopolitische Wende, oder hören wir eher auf die Stimme n aus dem lakadonischen Urwald?

Anknüpfend an die Artikel in den PB über die Überlegungen zum neuen Imperialismus (China, Negri, MAI) und Biopolitik (Ray Kurzweil) sollten die Möglichkeiten erörtert werden, wie wir über Dokumentation und Diskussion einen Überblick über die Lage behalten.

Wichtiges Element ist hier sicher auch die Buchkritik. Wir sollten auf der AG prüfen, in wieweit sich ein Kreis von Mitarbeiter/innen für die PB bilden kann, der einigermaßen regelmäßig die Literatur in den relevanten Bereichen (Romane eingeschlossen) Geschichte, Politik, Naturwissenschaft/Philosophie durchackern und bewerten kann. Einleitender Vortrag: Hardy Vollmer

Früher Abend:

Bericht aus den AGs betreffend Ergebnisse für die Politischen Berichte,
Haushalt und Arbeitsorganisation Politische Berichte

Sonntag 9 Uhr

Eigentumsformen in der BRD – die neoliberalen Privatisierungs-Offensive und Ansätze für Reformpolitik.

Zur Einleitung der Diskussion spricht Klaus Lederer (Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Anmeldung bis zum 30. März mit Angaben über Unterbringung und Verpflegung:

Jörg Detjen, GNN Verlag Köln, Tel. 0221/21 16 58

Anreise:

Mit der Bahn: Fulda liegt an mehreren IC- und ICE-Strecken. Der Bahnhof ist zehn Fußminuten vom DGB-Jugend-Haus entfernt. Bahnhof Fulda, Ausgang Esperantostraße, links in den Zieherser Weg; nach ca. 50 Metern in den Fußweg Esperantostr. einbiegen; den großen Parkplatz schräg in Richtung Spielplatz überqueren, die Treppe empor und ihr befindet euch am Ziel.